


110. Sitzung, Montag, 27. August 2001, 8.15 Uhr

 Vorsitz: *Martin Bornhauser (SP, Uster)*
Verhandlungsgegenstände
1. Mitteilungen

 – Zuweisung von neuen Vorlagen *Seite 9217*
2. Eintritt eines neuen Mitglieds des Kantonsrates

 für den zurückgetretenen Werner Schwendimann,
 Oberstammheim *Seite 9217*
3. Beschluss des Kantonsrates über das Zustandekommen der Volksinitiative «Gesunde Steuerdisparität»

 Antrag des Regierungsrates vom 25. Juli 2001
 KR-Nr. 238/2001 *Seite 9219*
4. Beschluss des Kantonsrates über das fakultative Referendum (Unterhaltungsgewerbegesetz [Änderung]; unbenützter Ablauf; Vorlage 3782)

 Antrag der Geschäftsleitung des Kantonsrates vom
 16. August 2001
 KR-Nr. 239/2001 *Seite 9220*
5. Beschluss des Kantonsrates über das fakultative Referendum (Gerichtsverfassungsgesetz [Änderung]; unbenützter Ablauf; KR-Nr. 410/1998)

 Antrag der Geschäftsleitung des Kantonsrates vom
 16. August 2001
 KR-Nr. 240/2001 *Seite 9220*

6. Wahl eines Mitglieds der Kommission für Planung und Bau

für die zurückgetretene Barbara Marty Kälin
(Antrag der Interfraktionellen Konferenz)

KR-Nr. 236/2001 Seite 9221

7. Wahl des Präsidiums der Kommission für Planung und Bau

für die zurückgetretene Barbara Marty Kälin
(Antrag der Interfraktionellen Konferenz)

KR-Nr. 237/2001 Seite 9222

8. Beschluss des Kantonsrates über die Volksinitiative «Für eine einheitliche Polizei im Kanton Zürich»

Antrag des Regierungsrates vom 11. April 2001 und
geänderter Antrag der KJS vom 3. Juli 2001 **3850a**

Seite 9222

9. Nord-Variante der Oberlandstrasse (Reduzierte Debatte)

Einzelinitiative Peter Meier, Grüt, und Mitunterzeichnende vom 8. März 2001

KR-Nr. 111/2001 Seite 9268

10. Änderung des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Reduzierte Debatte)

Einzelinitiative Stefan Feldmann, Uster vom 22. März 2001

KR-Nr. 123/2001 Seite 9279

Verschiedenes

– Fraktions- oder persönliche Erklärungen

- Erklärung der Grünen Fraktion betreffend Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen..... Seite 9267

– Rücktrittserklärung

- Rücktritt von Werner Hürlimann aus der Kommission für Planung und Bau..... Seite 9283
- Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse..... Seite 9283

Geschäftsordnung

Ratspräsident Martin Bornhauser: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

1. Mitteilungen

Zuweisung von neuen Vorlagen

Zuweisung an die Kommission für Staat und Gemeinden:

- **Zusammensetzung der Sachverständigenkommission für den Natur- und Heimatschutz, die Denkmalpflege und die Archäologie**
Bericht und Antrag des Regierungsrates an den Kantonsrat zum Postulat KR-Nr. 243/1998, 3875

Zuweisung an eine Spezialkommission:

- **Änderung des Gesetzes über die Zürcher Kantonalbank**
Parlamentarische Initiative Alfred Heer, KR-Nr. 99/2001, und Parlamentarische Initiative Lucius Dürri, KR-Nr. 190/2001

2. Eintritt eines neuen Mitglieds des Kantonsrates

für den zurückgetretenen Werner Schwendimann, Oberstammheim

Ratspräsident Martin Bornhauser: Wir dürfen heute ein neues Ratsmitglied begrüßen an Stelle von Werner Schwendimann, Oberstammheim. Der Regierungsrat hat uns folgenden Protokollauszug zukommen lassen.

Ratssekretär Hans Peter Frei: Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates, Sitzung vom 22. August 2001:

«In Anwendung von Paragraf 90 des Wahlgesetzes vom 4. September 1983 beschliesst der Regierungsrat:

Als Mitglied des Kantonsrates im Wahlkreis 16, Andelfingen, für den zurückgetretenen Werner Schwendimann (Liste Schweizerische Volkspartei) wird als gewählt erklärt:

*Hans Wickli, eidgenössisch diplomierter
Sanitärinstallateur
Stadthofweg 1, 8447 Dachsen»*

Ratspräsident Martin Bornhauser: Herr Wickli, der Regierungsrat hat Sie als Mitglied des Kantonsrates als gewählt erklärt. Bevor Sie Ihr Amt ausüben können, haben Sie gemäss Paragraf 5 des Kantonsratsgesetzes das Amtsgelübde zu leisten. Ich bitte die Türe zu schliessen. Die Anwesenden im Ratsaal und auf der Tribüne erheben sich. Ich bitte den Ratssekretär das Amtsgelübde zu verlesen.

Ratssekretär Hans Peter Frei verliest das Amtsgelübde: «Ich gelobe als Mitglied dieses Rates, Verfassung und Gesetze des Bundes und des Kantons Zürich zu halten, die Rechte der Menschen und des Volkes zu schützen und die Einheit und Würde des Staates zu wahren. Die Pflichten meines Amtes will ich gewissenhaft erfüllen.»

Ratspräsident Martin Bornhauser: Herr Wickli, Sie leisten das Amtsgelübde, indem Sie mir die Worte nachsprechen «Ich gelobe es».

Hans Wickli (SVP, Dachsen): Ich gelobe es.

Ratspräsident Martin Bornhauser: Ich danke Ihnen und heisse Sie herzlich willkommen. Sie können Ihren Platz im Ratsaal einnehmen. Rat, Pressevertreter und Tribünenbesucher können sich wieder setzen.

3. Beschluss des Kantonsrates über das Zustandekommen der Volksinitiative «Gesunde Steuerdisparität»

Antrag des Regierungsrates vom 25. Juli 2001

KR-Nr. 238/2001

Ratspräsident Martin Bornhauser: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Volksinitiative mit 10'083 Unterschriften zu Stande gekommen ist, und beantragt, ihm die Volksinitiative zu Bericht und Antrag zu überweisen. Wird das Wort verlangt oder ein anderer Antrag gestellt? Das ist nicht der Fall. Sie haben somit antragsgemäss beschlossen, die Volksinitiative dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag zu überweisen.

Beschluss des Kantonsrates über das Zustandekommen der Volksinitiative «Gesunde Steuerdisparität»

(vom 27. August 2001)

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in den Antrag des Regierungsrates vom 25. Juli 2001,

beschliesst:

- I. Es wird festgestellt, dass am 14. Mai 2001 die Volksinitiative «Gesunde Steuerdisparität» eingereicht worden ist. Sie lautet wie folgt:
 - «Art. 19 Abs. 5 der Verfassung des Kantons Zürich ist wie folgt zu ersetzen:
Die Gesetzgebung ordnet den Finanzausgleich und sorgt dafür, dass die Gemeindesteuerfüsse nicht mehr als $\frac{1}{2}$ vom tiefsten Gemeindesteuerfuss abweichen.»
- II. Die Initiative ist mit 10'083 beglaubigten Unterschriften als Volksinitiative in der Form eines ausgearbeiteten Entwurfes zu Stande gekommen und wird dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen.
- III. Veröffentlichung im Amtsblatt, Textteil.
- IV. Mitteilung an den Regierungsrat.

Das Geschäft ist erledigt.

4. Beschluss des Kantonsrates über das fakultative Referendum (Unterhaltungsgewerbegesetz [Änderung]; unbenützter Ablauf; Vorlage 3782)

Antrag der Geschäftsleitung des Kantonsrates vom 16. August 2001
KR-Nr. 239/2001

Ratspräsident Martin Bornhauser: Die Geschäftsleitung beantragt Ihnen, gestützt auf Paragraph 45 des Wahlgesetzes vom 4. September 1983 und nach Kenntnisnahme des Berichts und Antrags der Geschäftsleitung vom 16. August 2001, festzustellen, dass die Referendumsfrist für die Änderung des Unterhaltungsgewerbegesetzes unbenützt abgelaufen ist.

Es wird kein anderer Antrag gestellt.

Der Kantonsrat stellt somit fest:

- I. Die Referendumsfrist für die Änderung des Unterhaltungsgewerbegesetzes vom 21. Mai 2001 ist am 31. Juli 2001 unbenützt abgelaufen.
- II. Mitteilung an den Regierungsrat.

Das Geschäft ist erledigt.

5. Beschluss des Kantonsrates über das fakultative Referendum (Gerichtsverfassungsgesetz [Änderung]; unbenützter Ablauf; KR-Nr. 410/1998)

Antrag der Geschäftsleitung des Kantonsrates vom 16. August 2001
KR-Nr. 240/2001

Ratspräsident Martin Bornhauser: Die Geschäftsleitung beantragt Ihnen, gestützt auf Paragraph 45 des Wahlgesetzes vom 4. September 1983 und nach Kenntnisnahme des Berichts und Antrags der Ge-

schaftsleitung vom 16. August 2001, festzustellen, dass die Referendumsfrist für die Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes unbenutzt abgelaufen ist.

Es wird kein anderer Antrag gestellt.

Der Kantonsrat stellt somit fest:

- I. Die Referendumsfrist für die Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 21. Mai 2001 ist am 31. Juli 2001 unbenutzt abgelaufen.
- II. Mitteilung an den Regierungsrat.

Das Geschäft ist erledigt.

6. Wahl eines Mitglieds der Kommission für Planung und Bau

für die zurückgetretene Barbara Marty Kälin

(Antrag der Interfraktionellen Konferenz)

KR-Nr. 236/2001

Ratspräsident Martin Bornhauser: Diese Wahl kann offen durchgeführt werden. Es wird kein anderer Antrag gestellt.

Daniel Vischer (Grüne, Zürich), Präsident der Interfraktionellen Konferenz: Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen vor:

Hardegger Thomas (*SP, Rümlang*)

Ratspräsident Martin Bornhauser: Nachdem keine anderen Vorschläge gemacht werden, erkläre ich Thomas Hardegger als Mitglied der Kommission für Planung und Bau für gewählt. Ich gratuliere ihm zur Wahl.

Das Geschäft ist erledigt.

7. Wahl des Präsidiums der Kommission für Planung und Bau

für die zurückgetretene Barbara Marty Kälin

(Antrag der Interfraktionellen Konferenz)

KR-Nr. 237/2001

Ratspräsident Martin Bornhauser: Diese Wahl kann offen durchgeführt werden. Es wird kein anderer Antrag gestellt.

Daniel Vischer (Grüne, Zürich), Präsident der Interfraktionellen Konferenz: Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen vor:

Keller Ueli (*SP, Zürich*)

Ratspräsident Martin Bornhauser: Nachdem keine anderen Vorschläge gemacht werden, erkläre ich Ueli Keller als Präsident der Kommission für Planung und Bau für gewählt. Ich gratuliere ihm zur Wahl.

Das Geschäft ist erledigt.

8. Beschluss des Kantonsrates über die Volksinitiative «Für eine einheitliche Polizei im Kanton Zürich»

Antrag des Regierungsrates vom 11. April 2001 und geänderter Antrag der KJS vom 3. Juli 2001 **3850a**

Ratspräsident Martin Bornhauser: Ich begrüsse zu diesem Geschäft Enrico Germann, Mitglied des Initiativkomitees. Wir haben ihn an der letzten Sitzung ermächtigt, die Initiative im Rat persönlich zu begründen und an den Verhandlungen mit beratender Stimme teilzunehmen. Wir haben freie Debatte beschlossen. Eintreten auf die Volksinitiative ist obligatorisch. Ich schlage Ihnen folgenden Behandlungsrhythmus vor: Zuerst führen wir die Grundsatzdebatte, dann die Detailberatung. Den Minderheitsantrag Regula Thalmann behandeln wir in der Detailberatung. Sie sind mit diesem Vorgehen einverstanden.

Marco Ruggli (SP, Zürich), Präsident der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit: Als Richter bin ich es von Berufs wegen gewohnt, Abwägungen zwischen dem Für und dem Wider vorzunehmen; mit Schwarzweiss-Denken kommt man selten weiter. Dies gilt auch für die Materie, die uns heute beschäftigt, nämlich die Zukunft der Polizei. Ich unterstelle keiner Seite, dass sie unseren Sicherheitsorganen Schlechtes wünscht – im Gegenteil, jede Seite will nur das Gute. Zur Lösung komplexer Probleme bedarf es aber mehr. Man muss aufeinander zugehen können, man muss einmal bezogene Positionen auch aufgeben können und man muss insbesondere Visionen für das neue Jahrhundert haben. Mit solchem aber waren die zuständigen Exekutivmitglieder bedauerlicherweise nicht gesegnet, sodass sie für die Zukunft unserer Polizei bisher keine sinnvolle Lösung, geschweige denn einen grossen Wurf zu Stande gebracht haben.

Nun lesen wir heute in der Zeitung, dass die Stadtpolizei Zürich auf das Amsterdamer Modell ausgerichtet werden soll. Dabei soll die Abgrenzung zwischen der Sicherheitspolizei und der Kriminalpolizei aufgehoben werden. Dieses Modell ist für Grossstädte sicher eine gute Sache. Solange aber auf dem Gebiet der Stadt Zürich auch die Kantonspolizei tätig ist, muss jedes neue Modell des einen Korps sich auch mit den Strukturen des andern vertragen. Ein Ausweg aus der verfahrenen Situation zwischen der Stadt Zürich und dem Kanton ist also noch nicht gefunden. Und so läge es eigentlich in der Verantwortung der politischen Parteien, sich zu konstruktiven Lösungen zusammenzuraufen. Gerade in einer so heiklen Frage wie derjenigen der Zukunft der Polizei und damit der Sicherheit von uns allen, wäre ein Allparteienkonsens der richtige Ansatz. Sollte das Volk die Initiative zur Vereinheitlichung der Polizei annehmen, so soll es jedenfalls an mir, als Kommissionspräsidenten, nicht fehlen, wenn es gilt, einen Brückenschlag über alle Parteigrenzen hinaus zu lancieren.

Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) hat sich schon bisher mit dieser Initiative, die ja als allgemeine Anregung, als einfache Anregung daherkommt, nicht leicht gemacht. Sie hat das Thema intensiv und kontrovers beraten. Dies mag damit zusammenhängen, dass gleich drei und zeitweise sogar vier Mitglieder des Initiativkomitees in unserer Kommission Einsitz hatten. In verschiedenen Hearings hat sich die Kommission sodann die Meinungen und Erfahrungen nicht nur der Polizeivertreter aller Ebenen angehört, sondern

hat auch die bereits vollzogene Zusammenführung der Stadt- und Kantonspolizei Schaffhausen genauer unter die Lupe genommen. Auch die Stimmen der Gemeinden, welche um ihre Autonomie fürchten, wurden gehört.

Es geht heute in diesem Saal nicht darum, definitiv zu entscheiden, ob es künftig im Kanton nur noch ein Korps geben soll. Dieser Entscheid obliegt dem Volk – und zwar gleich zweimal. Zuerst hat es in einer ersten Abstimmung zu sagen, ob es die Initiative in der Form der einfachen Anregung grundsätzlich befürworten will. Nach einem allfällig positiven Entscheid müsste dann der Kantonsrat innert eines Jahres eine entsprechende Vorlage ausarbeiten. Spätestens ein halbes Jahr nach der Schlussabstimmung im Rat wäre die ausformulierte Vorlage erneut zur Volksabstimmung zu bringen. Erst dann wäre die Sache definitiv.

Die Regierung empfiehlt dem Volk, die Idee einer vereinheitlichten Polizei bereits in der ersten Abstimmung zu verwerfen. Sie will mit den bestehenden Polizeistrukturen nicht brechen. Die Regierung schliesst wenig konsequent aber nicht aus, dass die längerfristige Entwicklung doch auf eine Vereinheitlichung der Polizeien hinausläuft. Wir werden heute von Regierungsrätin Rita Fuhrer sicher noch etwas dazu hören.

Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit spricht sich mit ernst zu nehmenden Gründen ebenfalls für eine ablehnende Empfehlung ans Stimmvolk aus. Aus der Sicht der Kommission spricht gegen das Wagnis einer Vereinheitlichung aller Korps vor allem Folgendes: Das Zusammenführen der zwei weitaus grössten Polizeikorps im Kanton, nämlich der Stadtpolizei Zürich und der Kantonspolizei, ist ein immenses Unterfangen. Schon in den kleinen Kantonen Zug und Schaffhausen mit zehn- bis zwanzigmal kleineren Mannschaftsbeständen erwies sich die Verschmelzung der historisch gewachsenen Korps als langwierige, sehr aufwändige und dornenvolle Angelegenheit. Machbar ist solches, wie die Erfahrungen aus dem Kanton Schaffhausen zeigen, nur, wenn eine oder mehrere Integrationsfiguren an der Spitze des Projektes stehen und wenn ein minimaler Allparteienskonsens vorliegt. Beides fehlt zurzeit im Kanton Zürich. Und selbst wenn diese Grundvoraussetzungen dereinst gegeben wären, müsste bei uns mit einer Grossbaustelle für die Dauer von zehn, vielleicht auch fünfzehn oder mehr Jahren gerechnet werden. Erst dann wären die letzten Animositäten verschwunden und der letzte Chef hätte sei-

ne neue Funktion oder seine vorzeitige Pensionierung akzeptiert. Und erst dann kämen die Vorteile eines einzigen Korps hinsichtlich Effizienz und Kosten zum Tragen. Aber wollen wir für die nächsten zehn bis zwanzig Jahre eine solche Grossbaustelle im Sicherheitsbereich mit all den Risiken? Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit meint Nein. In unserem Kanton spricht gegen ein solches Grossprojekt überdies, dass sich die Städte und Gemeinden, welche heute über eine eigene Polizei verfügen – das sind immerhin 39 von 171 politischen Gemeinden – regelrecht gegen die Initiative formiert haben. Gegen den erklärten Widerstand der Städte Zürich, Winterthur, Bülach und anderer grösserer und kleinerer Gemeinden aber kann eine Vereinheitlichung der Polizei nicht sinnvoll und auch nicht Erfolg versprechend durchgesetzt werden; der Widerstand wäre zu gross. Bevor aber nicht eine minimale Akzeptanz auch bei den Gemeinden besteht, bevor die Ängste und Befürchtungen der Kommunen, dass ihre speziellen Bedürfnisse bei einer einheitlichen Polizei unter die Räder kämen, nicht zerstreut sind, bevor sich die Vision einer einzigen Polizei nicht in den Köpfen breit gemacht hat, will die Kommission nicht den Startschuss für die Verschmelzung der Strukturen geben. Zusammengefasst ist der Kanton Zürich nach Auffassung der Kommissionsmehrheit von seiner Grösse und der föderalistischen Eigenheit her nicht geeignet und er ist mangels Grundkonsens bei den politischen Instanzen und Parteien auch nicht reif für einen solchen Schritt. Wenn das Volk aber will, so machen wir das natürlich.

Abschliessend beantrage ich Ihnen im Namen der Kommission, dass Sie die Volksinitiative «Für eine einheitliche Polizei im Kanton Zürich» den Stimmberechtigten zur Ablehnung empfehlen.

Enrico Germann (Winterthur), Vertreter des Initiativkomitees: Ich danke Ihnen, dass Sie mir als Vertreter des Komitees die Gelegenheit geben, unsere Initiative hier vorzustellen. Ich gehe davon aus, dass die Initiative und der Erlass allen bekannt ist. Auch sämtliche wesentlichen Vorteile sind Ihnen bekannt. Diese hat Regierungsrätin Rita Fuhrer bereits in den Medien aufgezählt. Der einzige Grund, welcher gegen diese Initiative sprechen könnte, ist die so genannte Gemeindeautonomie oder, anders ausgedrückt, der Föderalismus. Aber genau dieser Punkt wurde in unserer Initiative, welche bewusst als einfache Anregung formuliert wurde, als einziger Eckwert verankert. Daher ist es müssig darüber zu sprechen. In einer funktionierenden Demokratie

müsste diese Vorgabe doch einzuhalten sein. Die Tatsache, dass bereits verschiedene Polizeien im Kanton Zürich zusammenarbeiten, ohne dass die Gemeindeautonomie in Frage gestellt wird, belegt meine Aussage.

Wir haben eine Vision, eine Vision von einer neuen menschlichen, sprich bürgernahen und effizienten Polizei. Wir brauchen keine Polizei, welche nur noch Verbrechen und Vergehen verwaltet, was heute leider mehrheitlich der Fall ist. Daher braucht es neue Polizeistrukturen, nicht eine grosse, zentralistische und vom Bürger entfernte Kantonspolizei. Es nützt niemandem etwas, wenn zwei Polizeikorps rivalisieren und gegeneinander arbeiten. Die einzigen Gewinner wären die Gesetzesbrecher. Das kann hier im Plenum sicher niemand wirklich wollen. Es darf doch nicht mehr angehen, dass eine vergewaltigte Frau zwei Stunden warten muss, bis der zuständige Beamte oder die Beamtin auf dem Platz erscheint und sich der Anzeige annimmt. Das ist menschenunwürdig. Dasselbe gilt auch für Gewaltverbrechen. Es darf nicht mehr vorkommen, dass Gewaltverbrechen nicht ernst genommen werden. Es muss der Vergangenheit angehören, dass ein Polizeikorps, welches täglich über 200 Beamtinnen und Beamte an der Front, sprich auf der Strasse hat, um tatkräftig bei der Täterermittlung bei Gewaltdelikten mitzuhelfen, von den nötigen Informationen ausgeschlossen wird. Das aber ist heute Wirklichkeit, auch wenn es weh tut, dies sagen zu müssen. Gewinner ist der Verbrecher. Wollen Sie das wirklich? Wie aber soll ich es anders formulieren, wenn die Kantonspolizei wenige Tage nach «Urban Kapo» ihre Dienstanweisung, welche den Informationsaustausch zwischen den beiden Korps regelt, einseitig per 16. Januar 2001 aufhebt? Glauben Sie wirklich, dass ohne die nötige Zusammenarbeit und Informationen eine effiziente Aufklärung möglich ist? Ich nicht! Ohne Informationen und die Möglichkeit, selber zu ermitteln, ist keine Polizei der Welt in der Lage, Aufklärungsarbeit zu leisten. Das ist heute leider die Wirklichkeit – eine Wirklichkeit, welche mich als Polizist und Bürger hier in Stadt und Kanton Zürich nicht befriedigt.

Darum möchte ich Sie, vom Volk gewählte Vertreterinnen und Vertreter, überzeugen, dass nur neue Strukturen dieses Übel beseitigen können. Wir brauchen kein Flickwerk. Sie haben es heute in der Hand, die Weichen zu stellen um diesem unrühmlichen Treiben Einhalt zu gebieten. Unterstützen Sie unsere Initiative für eine gute, neue, menschliche und bürgernahe Polizei! Der heutige Zustand, da bin ich

mir sicher, kann keiner Kantonsrätin und keinem Kantonsrat egal sein. Allein schon im Bewusstsein der Tatsache, dass alle Bürger dieses Kantons, Frauen und Männer, betroffen sind, braucht es eine Vision, eine Vision von einer einheitlichen, menschlichen, bürgernahen und effizienten Polizei, welche für in Not geratene Mitbewohner im ganzen Kanton Zürich zuständig ist – und diesen Namen auch verdient. Ich gelange heute mit der grossen Bitte an Sie: Machen Sie es möglich, dass eine Vision Tatsache wird! Stellen Sie die Weichen für eine gute, neue, effiziente Zürcher Polizei mit neuen, guten Strukturen! Geben Sie unserer Initiative Ihre Unterstützung! Wir sind uns alle bewusst, dass dies nicht von heute auf morgen geschieht. Ich bin mir aber sicher, dass sich die heutige Situation schon verbessert, wenn für die Zukunft klar wird, dass neue, bessere Polizeistrukturen kommen. Genau das will unsere Initiative, unsere Vision. Daher appelliere ich nochmals an Sie alle: Unterstützen Sie uns! Seien Sie mutig und weltoffen für eine gute Zukunft, für eine einheitliche Zürcher Polizei! Denn nur eine gute Polizei ermöglicht es dem Kanton Zürich mit all seinen Gemeinden auch in Zukunft zu prosperieren und den wirtschaftlichen Wohlstand zu bewahren. Ich danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben.

Bernhard Egg (SP, Elgg): Die SP-Fraktion lehnt die Volksinitiative «Für eine einheitliche Polizei im Kanton Zürich» ab. Die Initiative kann – wir wissen es alle und haben es schon mehrfach von den beiden Vorrednern gehört – nicht losgelöst von ihrer Vorgeschichte betrachtet werden. Und sie kann nicht diskutiert werden, ohne das leidige Stichwort «Urban Kapo» zu nennen. Die Initiative ist ja nicht lanciert worden und zu Stande gekommen, weil man nur das hehre Ziel gehabt hätte, die Polizeistrukturen im Kanton zu verbessern, oder weil man eine so genannt einheitliche Polizei so toll fände. Sie wurde ganz klar lanciert, um «Urban Kapo» etwas entgegenzusetzen, um «Urban Kapo» zu verhindern. Dafür ist es ja nun aber zu spät, wie wir alle wissen. Das Projekt ist in Umsetzung. Man kann und muss über Mängel und Verbesserungsmöglichkeiten diskutieren, aber die Initiative könnte von daher gesehen eigentlich ad acta gelegt werden. Über «Urban Kapo» erwarten wir dann gerne gelegentlich einen Bericht über die Umsetzung.

Es wird eingewendet werden, als nächster Schritt sei die Einheitspolizei trotzdem der richtige; darum einige Argumente, warum die Ein-

heitspolizei, auch objektiv gesehen, abzulehnen ist. Zunächst ist darauf Rücksicht zu nehmen, dass die Städte – und zwar keineswegs nur Zürich, sondern vor allem auch Winterthur, Bülach und andere – sich vehement gegen die Initiative wehren. Vertreter und Vertreterinnen der Städte wurden in der KJS angehört. Sie liessen kein gutes Haar an der Initiative. Wesentlich ist auch, dass ihre Überzeugung mit Parteizugehörigkeit gar nichts zu tun hat. Sie gehören ganz verschiedenen Parteien an. Und sie wehren sich mit sehr guten und überzeugenden Gründen – nicht einfach um das eigene Gärtchen zu verteidigen. Weshalb also soll sich der Kanton die immense Aufgabe aufbürden, bestens funktionierende Stadtpolizeien gegen ihren vehementen Widerstand und gegen den klaren Willen ihrer Stadtexekutiven zu kantonalisieren? Das trägt auf Jahre hinaus eine Verunsicherung und Unruhe in die Korps, in das Verhältnis von Kanton und Gemeinden und in die Verwaltung, was niemanden dient, schon gar nicht der öffentlichen Sicherheit.

Welche Anstrengungen eine Vereinigung bedeutet, hat der Kommandant der Schaffhauser Polizei in der KJS eindrücklich geschildert. Die Anstrengungen waren immens. Er hat heute ein kantonales Korps, das – dies hat auch der Kommissionspräsident schon angetönt – bei weitem nicht einmal die Grösse der Stadtpolizei Winterthur erreicht. Für uns ist ganz wesentlich, dass die städtischen Organe direkten Einfluss auf die Einsatzdoktrin ihrer Polizei haben und vor allem, dass sie dafür auch politisch verantwortlich sind. In den Städten sind die Orts-, Milieu- und Menschenkenntnisse vorhanden, um den Einsatz optimal zu steuern.

Mir ist in der Kommission ein Licht aufgegangen, als das Stichwort «Brigade» fiel. Man sprach davon, eine kantonale Polizei zu organisieren, sei überhaupt kein Problem, das lasse sich unter Rückgriff auf Brigade-Strukturen und Erfahrungen mit der Feuerwehr problemlos bewerkstelligen. Wir, und mit uns die erwähnten Stadtexekutiven, wollen keine kantonale, zentral von einem Kommando gesteuerte Polizeibrigade von 4000 bis 5000 Mann und Frau. Wir wollen, dass die öffentliche Sicherheit gewährleistet ist, und das ist sie eben viel besser mit Einflussmöglichkeiten und auch Verantwortlichkeiten auf lokaler Ebene. Hier kommen nun einmal die Begriffe wie Gemeindeautonomie und Subsidiaritätsprinzip wirklich zum Tragen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang gerne an die Parlamentarischen Initiativen Willy Haderer, Thomas Isler und Otto Halter, 95/2000 und 96/2000,

die sich genau mit diesen Stichworten befassen und Aufgabenteilung nach Subsidiaritätsprinzip und mehr Gestaltungsspielraum für die Gemeinden fordern. Wer also diese Parlamentarischen Initiativen unterstützt hat, kann heute unmöglich für die Initiative stimmen.

Sodann ist auf dem problematischen Wortlaut der Initiative zu verweisen. Der Wortlaut ist nämlich keineswegs so offen, wie immer wieder, so vorhin auch von Enrico Germann, geltend gemacht wird, sondern es heisst klipp und klar, es sei im Kanton Zürich eine einheitliche Polizei für den ganzen Kanton und alle Gemeinden zu schaffen – und nun das Entscheidende – welche alle polizeilichen Aufgaben wahrnehme, alle! Was alle polizeilichen Aufgaben sind, nennt dann die unselige Aufzählung in der Klammer. Dort heisst es «Kriminalpolizei, Sicherheitspolizei, Verkehrspolizei und übrige Dienste». Unter den übrigen Diensten sind meines Erachtens klarerweise auch die Verwaltungspolizei zu verstehen, also Gewerbepolizei, Marktpolizei, Jagd- und Flurpolizei und so weiter. Diese Dienste zu kantonalisieren, macht nun schon gar keinen Sinn. Sie erfüllen Aufgaben wie Regelung und Überwachung und Nutzung des öffentlichen Grundes, Ausübung der Gewerbe et cetera. Sie erfüllen also ureigenste Gemeindeaufgaben.

Man muss die Mängel ernst nehmen, die vor allem in der Kriminalpolizei bestehen. Man muss ernst nehmen, was Enrico Germann ausgeführt hat, obschon ja niemand aus dem Korps Gelegenheit hat, ihm zu widersprechen – obwohl die entsprechenden Sachbearbeiter eine solche Gelegenheit sicher gerne wahrnehmen würden. Verbessern lässt sich vieles; das wird nicht in Abrede gestellt. Man kann selbstverständlich auch ein Modell «Amsterdam» diskutieren, wovon wir heute zum ersten Mal gehört haben; in der Kommission hatten wir keine Gelegenheit darüber zu sprechen. Man kann auch gemeinsam Uniformen und Fahrzeuge beschaffen. Die kann man aber auch ohne eine grosse Vereinigungsübung. Auch der viel zitierte Funk ist ohnehin kein städtisches Problem, nicht einmal ein kantonales, sondern wenn schon ein ostschweizerisches, wenn nicht sogar ein gesamtschweizerisches.

Noch ein Letztes zu den Steuerungs- und Verbesserungsmöglichkeiten. Noch ein kleiner Ausblick in die Zukunft. Wir werden schon bald das kantonale Budget auf dem Tisch haben. Das letzte Budget der Kantonspolizei – es war das erste Globalbudget – hatte auf einer Viertelseite Platz. Das wurde zu Recht von der Finanzkommission und der

KJS bemängelt. Wir wollen mal sehen, wie nun das nächste aussieht – um unsere Steuerungsmöglichkeiten steht es nämlich auch nicht so gut. Hier müssen wir als Parlament dringend dranbleiben, sonst steuert sich die Polizeibrigade jetzt schon selber – ohne uns hier drin!

Ich bitte Sie abschliessend, namens der SP-Fraktion noch einmal, die Initiative abzulehnen.

Bruno Walliser (SVP, Volketswil): Die Volksinitiative «Für eine einheitliche Polizei im Kanton Zürich» tönt gut, ist aber ein falscher Weg und ein falsches Instrument. Gegen eine einheitliche Ausbildung oder eine einheitliche Beschaffung von Streifenwagen, Uniformen oder dergleichen hat gewiss niemand in diesem Ratsaal etwas einzuwenden. In dieser Richtung ist sicher Handlungsbedarf angesagt. Die Initiative will aber viel mehr. Sie will sämtliche Polizeien im Kanton Zürich unter ein Kommando stellen. Sie lässt auch viel zu grossen Interpretationsspielraum offen. Auch wenn sich die Initiative zu den Organisationsmodellen nicht äussert, handelt es sich trotzdem um eine Aushebelung von Paragraph 74 des Gemeindegesetzes. Wie immer es auch gedreht wird, daran ändert sich nichts.

Als Sicherheitsvorstand in unserer Gemeinde mit eigener Gemeindepolizei sind wir, laut diesem Paragraphen, nach wie vor dafür zuständig, in der Gemeinde für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Wir dürfen die Mittel dazu nicht abziehen und die Gemeindeautonomie auf keinen Fall in Frage stellen oder untergraben. Immerhin sind zwei Drittel unserer Bevölkerung im Kanton Zürich durch die Gemeindepolizeien bestens abgedeckt. Ein Problem, das zwischen der Stadt Zürich und dem Kanton zu lösen war, und – so scheint es – auch gelöst worden ist, darf nun nicht auf den ganzen Kanton ausgeweitet, und gut funktionierende Polizeien wie zum Beispiel die Winterthurer Stadtpolizei dafür geopfert werden.

Die Initiative war ein Schnellschuss, um «Urban Kapo» zu verhindern. Der Schuss ging nun aber hinten hinaus. Lassen wir es nicht zu, dass die Initiative zur Wahlpropaganda für gewisse Kreise wird. Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich Sie aus genannten Gründen, die Volksinitiative «Für eine einheitliche Polizei im Kanton Zürich» dem Zürcher Stimmvolk zur Ablehnung zu empfehlen.

Beat Jaisli (CVP, Boppelsen): Die vorliegende Initiative ergab während den beratenden Kommissionsarbeiten ein sehr interessantes Bild, überwiegen doch die Argumente, welche für eine Zusammenlegung, respektive eine einheitliche Polizei im Kanton Zürich sprechen. Ich denke an den gesamten Materialeinkauf, die Ausbildung, Fahrzeugbeschaffung, technische Geräte, Computer und so weiter. Gegenüber den ablehnenden Fakten ausschlaggebend und meinungsentscheidend ist aber die Tatsache, dass eine sofortige Zusammenlegung, wie sie die Initiative fordert, mehr Probleme als Lösungen mit sich bringen würde. Kantons- und Polizeiorganisationen, welche solche vergleichbaren Zusammenlegungen vorgenommen haben, warnen vor einem zu schnellen Vollzug. Zusammenführungen von langjährigen Strukturen mit unterschiedlichen Anstellungsbedingungen für die gleiche Arbeit brauchen längere Angleichungszeit und Übergangslösungen – speziell erwähne ich den Personalbereich.

Nachdem zu Beginn übrigens auch einige unserer Parteimitglieder die Initiative unterstützt haben, lehnt die CVP-Fraktion nach seriöser Prüfung die Vorlage einstimmig ab.

Jörg Kündig (FDP, Gossau): Entgegen dem Kommissionspräsidenten Marco Ruggli ist die FDP der Meinung, dass die Aussicht auf einen dornenvollen Weg kein Grund ist, sich von der Arbeit abhalten zu lassen. Die Initiative verlangt die Schaffung einer einheitlichen Polizei im Kanton Zürich und dies in der Form einer einfachen Anregung. Ein Teil der Geschichte ist sicherlich das leidige Theater um «Urban Kapo». In diesem Zusammenhang habe ich mit Interesse gelesen, dass die Stadt Zürich auch an einem Modell 200X arbeitet – nicht für die Armee, sondern für die Polizei. Weitere Elemente der gegenwärtigen Unzufriedenheit sind aber das Fehlen eines effizienten Polizeigesetzes und eines Polizeiorganisationsgesetzes. Letzteres wurde zwar in die Vernehmlassung geschickt, kam aber, um es einmal nett zu formulieren, mit geringem Erfolg zurück. Es passt ins Bild, dass die Regierung die Initiative ablehnt und für deren Umsetzung ein Alles-oder-Nichts-Modell vorlegt, welches sie als politisch nicht umsetzbar deklariert. Es passt auch ins Bild, dass der Begründung mehr Beachtung geschenkt wird, als dem Inhalt der Initiative. Die FDP sieht sehr wohl, welche Probleme damit verbunden sind, insbesondere für jene Gemeinden, welche über eigene Ordnungskräfte verfügen. Es ist klar, dass da die Initiative auf wenig Begeisterung stösst. Hier sei aber die

Klammerbemerkung gestattet, dass viele der genannten Gemeinden eine Zentrumsfunktion für sich selber in Anspruch nehmen und im Umfeld weitere Polizeiorganisationen an sich ziehen möchten. Es ist klar, dass auf Grund der Initiative ein Modell auszuarbeiten wäre, welches insbesondere mittels klarer Aufgabenteilung, Festlegung der Einsatzkompetenzen und klaren organisatorischen Abgrenzungen den Gemeinden auch künftig eine grösstmögliche Autonomie zugesteht. Es kann nicht darum gehen, die Gemeindekompetenzen für den Einsatz der Polizei zu beschneiden, sondern es betrifft die Organisation des Polizeikorps.

Keineswegs – auch das wurde unterschwellig mehrfach gesagt – darf damit ein Leistungsabbau bei der Polizei verbunden sein. Vielmehr soll die gleiche qualitative Ausbildung und die gleiche qualitativ gute Ausrüstung über das ganze Kantonsgebiet sichergestellt werden. Gleiches gilt für die Entlohnung, Weiterbildung, Beförderungsmöglichkeiten und weiteres mehr.

Die Regierung hat in ihrer Antwort gezeigt, dass sie derzeit nicht gewillt ist, konstruktiv an einer einheitlichen Struktur des Polizeiwesens zu arbeiten. Das zeigt auch die Aussage, wonach man die Initiative zwar ablehnt, gleichwohl aber warten will mit weiteren Massnahmen und Strukturbereinigungen, bis das Volk über die Initiative entschieden hat. So geht wertvolle Zeit verloren; auch dies ist keineswegs im Sinne der Sache. Hier gilt es aus Sicht der FDP den Hebel anzusetzen. Eine deutliche Zustimmung zur Initiative würde den erforderlichen Druck entstehen lassen, damit die Regierung die Aufgabe nicht scheinbarweise in Angriff nimmt und, wie es gesagt und geschrieben wurde, mit einer Art Salamtaktik vorgeht, sondern mit einem klaren, flächendeckenden Konzept herauskommt. Das ist auch der Grund, wieso die FDP empfiehlt, die Volksinitiative in zustimmendem Sinn dem Volk zu unterbreiten.

Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden): Die Diskussionen um «Urban Kapo» haben deutlich aufgezeigt, dass das Polizeiwesen im Kanton Zürich nicht mehr zeitgemäss organisiert ist. Kein Wunder, stammt das Wesentliche davon doch aus dem 19. Jahrhundert. Seither wurden zwar ein paar Anpassungen gemacht, aber vieles ist eben überholt. Es ist also nicht verwunderlich, dass man im Zusammenhang mit «Urban Kapo» über eine umfassende Reorganisation des ganzen Polizeiwesens nachgedacht hat, und dass die Volksinitiative

«Für eine einheitliche Polizei im Kanton Zürich» zu Stande gekommen ist.

Die Mehrheit der Grünen hat von Anfang an diese Initiative unterstützt. Für uns ist unverständlich, dass es in einem so kleinen Land wie der Schweiz 26 verschiedene Polizeistrukturen gibt, und dass innerhalb dieser Strukturen dann noch verschiedene Polizeikorps existieren. Wir sind überzeugt, dass eine einheitliche Polizei im Kanton Zürich, die diesen Namen wirklich verdient, erhebliche Vorteile hätte. Denken Sie nur an die Vereinheitlichung der Polizeiinfrastrukturen wie Ausbildung, Bekleidung, Fahrzeuge, Informatikmittel! Denken Sie an die Schnittstellen, die aufgelöst, an die Synergien, die genutzt werden könnten! Denken Sie vor allem aber auch an die Einwohnerinnen und Einwohner, welche endlich wüssten, mit wem sie es zu tun haben, wenn sie der Polizei telefonieren. Ist es denn wichtig, wenn Sie einen Unfall haben, wenn bei Ihnen eingebrochen worden ist oder wenn Sie überfallen werden, ob ein Polizist in blauer oder grauer Uniform aufkreuzt, ob er dem städtischen oder dem kantonalen Korps angehört? Ist es denn nicht vor allem wichtig, dass Ihnen schnell und kompetent geholfen wird? Von den 171 politischen Gemeinden verfügen 39 über eine eigene Polizei. Die anderen 132 Gemeinden haben keine eigene Polizei und werden von der Kantonspolizei betreut. Sie folgen also nicht mehr dem Gemeindegesetz, welches vorschreibt, dass die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung Sache der Gemeinden ist. Ich kann Ihnen aber versichern, dass, wenn man in einer solchen Gemeinde wohnt, man sich sicher fühlt, man gut versorgt ist und dass die Polizei kommt, wenn man sie braucht.

Selbstverständlich haben viele Landgemeinden ihre Polizei nicht freiwillig aufgegeben. Sie wurden dazu gezwungen und es herrschte eine regelrechte Trauer und Verunsicherung wegen des Verlustes. Und um diese Verunsicherung geht es auch bei den Städten und den grossen Gemeinden. Sie haben Angst, mit einer Einheitspolizei sei die Sicherheit der Bevölkerung nicht mehr gewährleistet. Sie befürchten, dass sie ihre Kompetenz und Verantwortung nicht wahren können und dass man ihnen verunmöglicht, über ihre Prioritäten selber zu bestimmen. Sie kommen sich als Bittsteller beim Kanton vor. Diese Vorbehalte sind vor allem bei den Exekutivpolitikerinnen und -politikern vorhanden. Und was bei den Hearings in der Kommission auch aufgefallen ist: Diese Polizeivorsteherinnen und -vorsteher klammern sich regelrecht an ihre eigene Polizei und wollen auf gar keinen Fall

ihre Macht aus den Händen geben. Sie können sich nicht vorstellen, gemeinsam eine Polizei aufzubauen und eben ein Teil dieser Polizei zu sein. Für mich hat aber eine solche Machtkonzentration auch ihre Gefahren – ohne mich auf irgendeine Person, eine Polizeidirektorin oder einen Polizeidirektoren, zu beziehen. Wenn wir eine Einheitspolizei realisieren wollen, müssen wir sie so organisieren, dass Kompetenz, Einflussnahme und Schwerpunkte bei den Gemeinden bleiben. Ich stelle mir eine Einheitspolizei vor, bei der jede Gemeinde je nach Grösse ein Kontingent Polizisten und Polizistinnen zur Verfügung hätte, mit dem sie ihre polizeilichen Aufgaben selbstständig erledigen könnte. Projekte wie zum Beispiel «Langstrasse Plus» wären so realisierbar. Die Vernetzung mit anderen Behörden wäre möglich. Ich bin überzeugt, dass das Ganze eine Sache der Organisation und des guten Willens aller Beteiligten ist. Wir in diesem Saal hätten es dann in der Hand, bei Annahme der Einheitspolizei sowohl für städtische wie auch für ländliche Gebiete eine gute Polizeistruktur auf die Beine zu stellen. Für mich wäre eine solche Umstrukturierung absolut keine Baustelle; für mich wäre eher eine langfristig schlechte Polizei eine Baustelle, die dann zudem viel länger bestehen würde.

Für die Mehrheit der Grünen Fraktion bedeutet eine einheitlich organisierte Polizei ein Neuanfang in die richtige Richtung, in eine Richtung, wo erstens eine einzige Polizei alle Aufgaben übernimmt – angepasst den jeweiligen Verhältnissen –, wo zweitens das Durcheinander, welche Polizei nun welche Aufgaben übernimmt, definitiv vom Tisch ist und wo es drittens heisst «Es ist nicht mehr wichtig, wer die Sicherheit in diesem Kanton gewährleistet, sondern dass sie gewährleistet ist.»

Ich bitte Sie, diese Initiative zu unterstützen.

Thomas Müller (EVP, Stäfa): Im Voraus kann ich Ihnen sagen, dass die EVP-Fraktion sich ihren Entscheid nicht leicht gemacht hat. Sie erinnern sich, nach dem Durchzwängen der «Urban Kapo» war allgemein eine grosse Sympathie für dieses Anliegen, diese Initiative vorhanden. Man sagte sich, wenn schon diese Schnittstellen bloss verschoben werden konnten, so sollen sie jetzt mittels einer Radikallösung ganz eliminiert werden. Seither haben sich die Wogen geglättet. Dennoch, ob «Urban Kapo» zumindest so gut funktioniert wie vorgegeben, muss die Zukunft erst noch weisen.

Nun liegt aber diese Initiative auf dem Tisch. Grundsätzlich stellt sich natürlich tatsächlich die Frage, ob ein so kleines Territorium, wie es der Kanton Zürich darstellt, mehrere Dutzend verschiedener Polizeikorps braucht oder verträgt. Wir sind der Meinung, dass eine solch grosse Anzahl verschiedener Korps zwangsläufig zu Doppelspurigkeiten führt. Wir glauben auch, dass die Gefahr gross ist, dass eine gewisse *Unité de doctrine* geritzt wird, beziehungsweise dass das Gewaltmonopol unterschiedlich interpretiert oder durch die verschiedenen Korps sogar unterschiedlich angewendet wird. Und weiter sind wir der Meinung, dass tatsächlich bei einer so grossen Zahl von verschiedenen Polizeikorps eine Effizienzsteigerung drinliegen würde, wenn man einige davon zusammenlegen oder zumindest besser koordinieren würde. Wir könnten uns durchaus auch vorstellen, dass eine Qualitätssteigerung resultieren würde.

Dennoch gibt es eine grössere Anzahl von Argumenten, die für die EVP stärker gewichtet werden müssen als diejenigen, welche ich bereits vorgetragen habe. Im Zentrum steht für uns die Unabhängigkeit der Gemeinden bei der Schwerpunktbildung. Natürlich, genau diese Schwerpunktbildung ist wahrscheinlich in Fischenthal wesentlich gleichgültiger als in den grossen Zentren. Aber wir sind überzeugt, dass die Gemeinden selber bestimmen können, erstens mit welchen Mitteln, zweitens zu welchem Zeitpunkt und drittens mit welcher Intensität sie gewisse Entwicklungen auf ihrem Gemeindegebiet bekämpfen wollen. Natürlich kann man sagen, dass dies auch für andere Bereiche, die längst kantonalisiert sind und von anderen Direktionen abgedeckt werden, zutrifft. Aber wir glauben, dass insbesondere im Bereich der Sicherheit sowie Ruhe und Ordnung nach Meinung der Bevölkerung nie genug gemacht werden kann. Es fehlen immer Mittel. Man könnte eben in den Augen gewisser Leute immer noch mehr tun. Genau deshalb, weil hier eine Prioritätensetzung zwingend erfolgen muss – auch in Fischenthal –, ist es zwingend, dass die Gemeindeexekutiven selber sagen können, wann, wo, wie und wie intensiv vorgegangen wird.

Natürlich sagen die Initianten und die Befürworter zu Recht, dass die Initiative ja nicht vorschreibt, wie eine künftige Organisation der einheitlichen Polizei auszusehen hat. Wir glauben aber, dass es keine Organisationsform gibt, welche die Gemeinden in diesen Punkten nicht zu Bittstellern degradieren würde. Dazu kommt eine erfreuliche Entwicklung vor allem der letzten Jahre, nämlich, dass man auch im

Sicherheitsbereich begonnen hat, interdisziplinär zusammenzuarbeiten. Hier bin ich im Gegensatz zu Susanne Rihs der Meinung, dass eine Vereinheitlichung insbesondere bei Projekten wie es «Langstrasse Plus» darstellt, zu einer Erschwerung führen würde. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Koordination der einzelnen Disziplinen, welche dann hinsichtlich Verantwortlichkeit teils auf Gemeindeebene, teils auf Kantonebene angesiedelt sind, einfacher würde – im Gegenteil – hier glaube ich, würde es deutlich schwerfälliger. Gewisse Projekte, die eben nicht auf die lange Bank geschoben werden können, sondern wo rasch gehandelt werden muss, würden verunmöglicht oder aber zumindest erschwert.

Wie gesagt, für die EVP ist entscheidend, dass den Gemeinden zumindest die Möglichkeit bleibt eine eigene Organisationsform zu führen. Hier hat uns auch beim Hearing in der Kommission die Stellungnahme der verschiedenen Gemeindevertreter überzeugt. Es kann ja nicht sein, dass man Gemeinden, die ihre Organisationsform jetzt zu hundert Prozent selber finanzieren, quasi verbieten will, auf diesem Weg weiterzugehen. Stossend ist für die EVP-Fraktion auch, dass man erst jetzt, im Vorfeld der Diskussion dieser Initiative, beziehungsweise der Abstimmung merkt, dass Verbesserungen in der Koordination möglich wären. Erst jetzt sagt man, dass man das alles auch machen kann, ohne eine Einheitspolizei zu schaffen. Da fragen wir uns schon, weshalb man nicht schon viel früher beispielsweise im Bereich der Beschaffung koordinierter vorgegangen ist. Ich erinnere hier nur an ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit, wo ein Funk-Equipment beschafft wurde, das nicht kompatibel ist mit bereits bestehenden Anlagen anderer Korps. Ich denke, hier hat die Initiative zumindest etwas Gutes bereits bewirkt, nämlich dass man künftig nicht mehr einfach so im eigenen Gärtchen weiter arbeiten kann, sondern hier den Tatbeweis für eine bessere Koordination schuldig ist. Die EVP-Fraktion empfiehlt Ihnen mit grosser Mehrheit die Volksinitiative abzulehnen.

Emy Lalli (SP, Zürich): Ich werde vor allem aus der Sicht der Stadt Zürich begründen, weshalb diese Initiative untauglich ist. Dazu muss ich etwas ausholen. Klar ist wohl allen Anwesenden, dass diese Initiative in Zusammenhang mit «Urban Kapo» gebracht werden muss. Sie erinnern sich, die Lastenausgleichsvorlage für die Stadt Zürich beinhaltete unter anderem eine Abgeltung für die polizeilichen Aufgaben

unter dem Vorbehalt, dass bis zum 31. Dezember 2000 eine neue Regelung über die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Stadt im Polizeibereich getroffen werden müsse. Der freisinnigen Präsident der damaligen Kommission, Thomas Isler, sagte seinerzeit: «Wir halten klar an einem engen zeitlichen Horizont fest. Ohne Druck läuft nichts.» Die SP-Fraktion betonte schon damals, dass unter Druck keine optimale Lösung entstehen kann. Ihr Antrag, die Frist um ein Jahr, das heisst bis Ende 2001 zu verlängern, wurde aber von der Mehrheit dieses Rates abgelehnt. Es ging der SP primär um eine gut durchdachte Lösung, welche Einsparungen, Synergien und ein Mehr an Sicherheit ergeben sollte. Und dies wollen wir auch heute noch.

«Urban Kapo» wird heute von niemandem als optimale Lösung angesehen. Trotzdem stimmte die Mehrheit des Kantonsrates – auch die FDP – der Kantonspolizeiverordnung zu. Damit wurde das Konzept «Urban Kapo» definitiv eingeführt. Was passiert nun? Die Bürgerlichen reichen einen Vorstoss nach dem andern ein, von welchen jeder eine andere Polizeistruktur präsentiert. Dabei übertreffen sie sich mit den gepriesenen idealen Lösungen. Sie bekunden damit, dass sie zwar Ja zu «Urban Kapo» sagten, aber nun doch nicht bereit sind, vorliegendes Modell zu verbessern. Aus unserer Sicht kann die vorliegende Initiative die Schwächen der heutigen Lösung nicht beseitigen. Gerade die Stadt Zürich, welche bisher im polizeilichen Bereich immer wieder erfolgreich spezifische Lösungsansätze für die Probleme im städtischen Bereich wie zum Beispiel Jugenddienst, häusliche Gewalt, Hooligans et cetera gefunden und umgesetzt hat, würde mit der Einheitspolizei auf diese wichtige Flexibilität verzichten müssen. Bürgernähe kann nur dann gewährleistet werden, wenn die politische Führung die Brennpunkte innerhalb der Stadt aus nächster Nähe kennt und entsprechende Schwerpunkte setzt. Die kleinstmögliche Distanz zwischen politischer Führung und Bevölkerung führt zu einer grösstmöglichen Bürger- und Bürgerinnennähe, weil die politisch Verantwortlichen für ihre Entscheide unmittelbar geradestehen müssen und den Schwarzen Peter niemandem sonst zuschieben können. Die SP sieht die Stadtpolizei als integrierten Bestandteil des städtischen Lebens und der städtischen Verwaltung und nicht als ausführendes Organ einer bevölkerungsfernen kantonalen Verwaltung. Statt dass wir hier in diesem Ratsaal über die diversen eingereichten Vorstösse zur Polizeistruktur streiten, wäre es wohl besser, wenn eine gründliche unabhängige Beleuchtung der aktuellen Situation und der Differenzen

zwischen den städtischen und den kantonalen Polizeiorganen vorgenommen würde. Jörg Kündig hat es auch bereits gesagt: Wir brauchen ein Polizeigesetz. Auch das Polizeiorganisationsgesetz liegt in der Schublade von Regierungsrätin Rita Fuhrer. Die Vernehmlassungsantworten liegen ebenfalls vor und ich finde, es wäre nun gut, wenn wir endlich dieses Gesetz behandeln und verabschieden könnten. Ich bitte Sie, die Initiative nicht zu unterstützen.

Richard Hirt (CVP, Fällanden): Ich war zehn Jahre lang Polizeivorstand einer Agglomerationsgemeinde. Ich nehme also an, dass ich weiss, wovon ich spreche. Paragraph 74 des Gemeindegesetzes überträgt den Gemeinden die gesamte Ortspolizei. Es weist ihnen die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, Gesundheit und Sittlichkeit zu. Ich meine, das ist gut so, weil die Gemeinden ihre Aufgaben massgeschneidert lösen können. Jede Gemeinde hat eine Polizeiverordnung, in welcher die Aufträge dargestellt sind. Es ist ja klar, dass die Stadt Zürich und die Gemeinde Sternenberg nicht die gleiche Polizeiverordnung haben können.

Es ist richtig, was gesagt wurde. Das Polizeigesetz basiert auf gesetzlichen Grundlagen, die aus dem Jahre 1897 stammen. Es ist nicht so, dass seither nichts gemacht wurde. 1983 wurde ein Polizeigesetz in relativ hohem Bogen verworfen. Ich habe damals als Polizeivorstand dazu beigetragen, dass dem so war. Die Gemeinden sollten darin verpflichtet werden, eigene Ortspolizeien aufzuziehen – jede Gemeinde für sich oder in einem Verband. Der Stimmbürger hat sich dagegen ausgesprochen. Danach herrschte ein relativ grosser Burgfrieden, weil die Öffentlichkeit mit der Zusammenarbeit der Polizeien – der Ortspolizeien und auch der Kantonspolizei – zufrieden war.

Ich habe zusammen mit Gustav Kessler 1998 in einer Motion ein Polizeigesetz gefordert. Die Regierung hat das übernommen und einen Entwurf ausgearbeitet, der in die Vernehmlassung geschickt worden ist. Dieser Entwurf sieht teilweise vor, dass die heutigen Strukturen, die historisch gewachsen sind und sich zum Teil bewährt haben, in einer gewissen Form übernommen und verfeinert werden. In der Zwischenzeit ging aber die Lastenausgleichsvorlage über den Tisch. Diese hat ein Anliegen, welches auch in einer Motion von mir gefordert wurde, nämlich die Zusammenlegung der beiden Kriminalpolizeien, in der «Urban Kapo»-Lösung übernommen. Ich möchte auf diese Diskussion nicht mehr eingehen, sie wurde hier zur Genüge geführt.

Ich habe das Gefühl, diese Initiative ist vor allem durch die Unzufriedenheit der in der Stadt Zürich Wohnenden und einiger Leute aus dem städtischen Polizeikorps zu Stande gekommen. Der städtische Freisinn hat sich dann von diesen Leuten instrumentalisieren lassen. Ich habe auch einen Brief bekommen von Helga Zopfi aus Thalwil, in dem stand, man solle ja nicht dieser Volksinitiative zustimmen. Und siehe da, plötzlich steht ihr Name auf dem Minderheitsantrag, der sagt, man solle der Initiative zustimmen. Ich weiss nicht warum, aber wahrscheinlich ist Helga Zopfi von der Parteileitung diszipliniert worden. (*Heiterkeit.*)

Sie haben es von Beat Jaisli gehört; die CVP wird diese Volksinitiative bekämpfen und zur Verwerfung empfehlen – wie übrigens auch der Regierungsrat und die Polizeivorstände der grossen Städte. Ich habe gesehen, dass die Zürcher Stadträtin Esther Maurer und der Winterthurer Stadtrat Hans Hollenstein auf der Tribüne sitzen und natürlich gespannt den Ausgang dieser Diskussion erwarten.

Ich meine, dass eben diese massgeschneiderten Lösungen, die sich bewährt haben und für die auch die lokalen Polizeivorstände, mit Ausnahme von Helga Zopfi, eintreten, eine gute Lösung darstellen; sonst hätte es ja zu Problemen geführt in der Vergangenheit. Meine Lösung – und für sie werde ich weiter kämpfen – ist die Zusammenlegung der gesamten Kriminalpolizei. Dann sind die Schnittstellenprobleme gelöst, denn dort liegen diese nämlich. Daran werden wir arbeiten. Ich bitte Sie, die Initiative abzulehnen und den bewährten Zustand zu verbessern.

Helga Zopfi-Joch (FDP, Thalwil): Ich bin ein bisschen geschockt, dass man mir ein Verhalten vorwirft, das nicht unbedingt auf den ersten Blick erkennbar ist. Ich bin wie Sie, Richard Hirt, auch seit zwölf Jahren Polizeivorstand. Ich hatte mir von der Initiative versprochen, dass sie im Wortlaut genommen wird, und dass man eine Vereinheitlichung unter Wahrung der Gemeindeautonomie beabsichtigt. Ich bin dann erschrocken über die Antwort der Regierung, in der man diese Gemeindeautonomie überhaupt nicht mehr ins Auge fasst, und nur eine Kantonalisierung – ich zitiere wörtlich aus der Antwort – «die Abschaffung der kommunalen Polizei und eine Stärkung des Kantons sowie dessen Polizeikommandos ins Auge fasst». Das war nicht die Absicht der Initianten; das ist sie auch heute noch nicht.

Die FDP macht sich eigentlich nur aus einem Grund stark für die Unterstützung der Initiative: Es ist die Überzeugung, dass etwas passieren muss. Wenn wir jetzt alle sagen «das ist unsinnig», dann bleiben wir beim Status quo – und dass der nicht befriedigend ist, wurde von allen Votanten auch gesagt. Dass eine Vereinheitlichung in bestimmten Belangen nötig und auch machbar ist, das wollen wir eigentlich mit dem Festhalten bewirken. Denn unabhängig davon, was wir hier beschliessen, wird schlussendlich der Souverän entscheiden, ob er eine Vereinheitlichung will oder nicht. Man kann auch dieses Votum wieder auslegen. Und nach den Erfahrungen sowohl mit dem Polizeiorganisationsgesetz wie mit «Urban Kapo» steht zu befürchten, dass bei einer Annahme der Initiative eine Kantonalisierung ohne Wahrung der Interessen der Gemeinden erfolgt, und dass andererseits bei einer Ablehnung der Initiative der Status quo festgeschrieben bleibt. Um das zu verhindern, hält die FDP daran fest. Das ist meine zwiespältige Meinung und ich werde aus diesem Grunde auch sitzen bleiben. Das Volk wird entscheiden, was passiert. Wichtig ist, was wir anschliessend damit machen.

Jürg Trachsel (SVP, Richterswil): Politische Initiativen, die auf Grund eines anderen Politikums entstehen – vorliegend war es das im Zuge der Lastenausgleichsvorlage notwendige Zusammengehen zwischen der städtischen und kantonalen Kriminalpolizei – sind meist persönlich oder überrissen politisch, selten aber sachlich motiviert und entbehren deshalb rationaler Überlegungen. Ein Blick auf die Zusammensetzung des Ko-Präsidiums zeigt klar, dass dem auch hier so ist. Anders ist es wohl nicht zu erklären, dass im besagten Klub, mit Ausnahme eines Politikers – selbstverständlich ebenfalls aus der Stadt Zürich –, unisono Personen aus den Spitzen von stadtzürcherischen Polizeiverbänden anzutreffen sind. Wer vor kurzem noch gegen ein Zusammengehen von Stadt und Land im kriminalpolizeilichen Bereich eingetreten ist, erscheint nicht sehr glaubwürdig, wenn er heute vorgibt, ein Zusammengehen von Stadt und Kanton Zürich im gesamtpolizeilichen Sektor sei sinnvoll. Glauben Sie mir, Enrico Germann, mit der hier vorliegenden Initiative finden Sie keinen Ausweg aus dem heute im «Tages Anzeiger» beschriebenen «Tal der Tränen». Doch nun zum eigentlichen Inhalt der Initiative. Die Initianten wollen eine einheitliche Polizei im Kanton Zürich, welche alle polizeilichen Aufgaben wahrnimmt, mithin also auch den typischen im Gemeinde-

gesetz verankerten kommunalen Bereich «Ruhe und Ordnung». Die Gemeindeautonomie wird also einmal mehr geritzt. Dagegen wäre dann nichts einzuwenden, wenn statt lauer Luft auch tatsächliche Vorteile für den Kanton Zürich, seine 171 Gemeinden und vor allem die Bewohnerinnen und Bewohner dieses Kantons entstehen würden. Ein Blick auf die auf dem Initiativ-Bogen angeführten vermeintlichen Vorteile zeigt aber klar auf, dass dem nicht so ist. So ist zum Beispiel im Bereich Infrastruktur, das heisst Material-, Ausrüstungs- oder auch Uniformsektor oder im Zusammenhang mit der Ausbildung eine vermehrte Kooperation sicher sinnvoll. Die Idee einer Einheitspolizei schiesst jedoch völlig über das Ziel hinaus. An die behauptete Kosteneffizienz bei gleichzeitiger Qualitätssteigerung glauben wohl nicht einmal die Initianten ernsthaft. Ich auf jeden Fall habe es noch nie erlebt, dass das Verschieben einer Gemeindeaufgabe auf die Kantons-ebene zu Kosteneinsparungen geführt hat.

Vollends aus dem Reich der Fantasie ist wohl das Argument der Initianten gegriffen, die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Zürich hätten im Sinne eines Vorteils in Polizeiangelegenheiten im ganzen Kanton den gleichen Ansprechpartner. Die Dienstleistungen der Polizei betreffen aber – so hat uns Stadtrat Hans Hollenstein aus Winterthur glaubhaft versichert – die so genannten kleinen Sorgen, gemäss dem Motto «Die Polizei – dein Freund und Helfer». Wer soll denn Ansprechpartner für die aufgebrachte Winterthurerin oder den Ustermer oder die Stadtzürcher sein? Ein kantonaler Angestellter etwa im Kaspar-Escher-Haus?

Ich komme zum Schluss und sage: Kooperation Ja, Einheitsbrei aber Nein. Setzen Sie nicht leichtfertig die Gemeindeautonomie aufs Spiel! Grössere Gemeinden dürfen nicht zu Bittstellern des Kantons werden. Schütten Sie nicht auf Grund des ehemaligen stadtzürcherischen Kripo-Problems das Kind Polizei mit dem Bade aus! Die Einheitspolizei-Initiative ist überrissen und führt zu höheren Kosten und vor allem zu weniger Sicherheit und geringerer Verantwortung der Entscheidungsträger.

Namens der SVP empfehle ich Ihnen klar die Ablehnung der Initiative.

Hartmuth Attenhofer (SP, Zürich): Das Polizeiwesen im Kanton Zürich befindet sich in Aufruhr. Erstens will der Bund eine Bundespoli-

zei auf die Beine stellen; dazu wird er 100 bis 300 Mann vom Kantonalzürcher Korps abholen. Zweitens ist jetzt hier diese Volksinitiative hängig. Drittens ist «Urban Kapo» zwar eingeführt, aber noch nicht in die Konsolidierungsphase übergegangen. Viertens gibt es noch ein Polizeiorganisationsgesetz, das in der Schublade liegt und gegebenenfalls irgendwann hervorgeholt wird. Und fünftens wird sich auch der Verfassungsrat mit den Sicherheitsfragen im Kanton Zürich befassen müssen.

Auf allen politischen Ebenen stürmen auf das Polizeiwesen Neuerungen, Änderungen, Strukturänderungen ein. Ich möchte in dieser Situation nicht Polizeibeamter sein. Ich möchte als Polizeibeamter wissen, wer mein politischer Chef ist und wem gegenüber ich politisch verantwortlich bin. Und ich möchte diese Sicherheit über lange Jahre hinaus haben. Was wir jetzt in dieser Situation brauchen, ist der Eintritt in die Konsolidierungsphase. Es muss endlich Ruhe herrschen um die verschiedenen Polizeikorps. Diese Konsolidierungsphase ist übrigens heute, wie Sie im «Tages Anzeiger» haben lesen können, von der Departementsvorsteherin der Stadtpolizei, Esther Maurer, angetreten worden. Hier wird jetzt endlich gesagt, wir akzeptieren «Urban Kapo» und wir machen auf dieser Basis etwas Neues, etwas, das zur Beruhigung in dieser ganzen Situation führt.

Was tun aber die Damen und Herren von der FDP? Ihr Präsident, Andreas Türler, der Vater dieser Initiative, möchte gerne in den Stadtrat nächsten Frühling. Von Martin Vollenwyder habe ich noch nichts gehört heute; vielleicht wird er sich auch noch zu Wort melden.

Stellen Sie sich einmal vor, diese Volksinitiative wird angenommen! Das bedeutet dann, dass die Stadtpolizei von Zürich liquidiert werden muss. Im schlimmsten Fall wäre Martin Vollenwyder der Liquidator der Zürcher Stadtpolizei. Das mag ich ihm nicht gönnen. Er ist ja ein «g'mögiger», aber als Liquidator sehe ich ihn nicht. Ich bitte Sie deshalb, meine Damen und Herren von der Freisinnigen Partei, überdenken Sie die Situation und lassen Sie Ihren Stadtratskandidaten nicht ins Messer laufen!

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Einheitspolizei als postkommunistisches Relikt – ein paar Fragen dazu. Schon der Name Einheitspolizei erinnert an eine maximale Verwaltung, ein zentralistisches System und somit an die DDR, an Staatsschutz und Schnüffelstaat. Dass sich

zwei Polizeikorps konkurrenzieren, liegt an der Führung – der selben Führung, welche die unsägliche Initiative lanciert hat und heute auf der Tribüne sitzt. Ich frage mich, wer von der Führung der Stadtpolizei Zürich heute Morgen noch arbeitet!

Die FDP, die eine Regelung der Polizeiorganisation auf ihre Wahlkampffahne geschrieben hat, überrascht mit einem schweigenden Stapi-Kandidaten. Die Frage ist daher erlaubt: Hat Martin Vollenwyder keine Meinung oder keine Ahnung? Wer heute den «Tages Anzeiger» liest, erfährt, wohin die Reise der Stadtpolizei führt. Noch niemand hat gefragt, ob die Kantonspolizei in diese Neuorganisation einbezogen wurde. Das möchte ich hiermit nachholen. Frau Regierungsrätin Rita Fuhrer, wurde die Kantonspolizei in das Projekt 200X der Stadtpolizei einbezogen und falls ja, in welcher Art und Weise?

Abschliessend und wenig überraschend: Auch ich werde diese Initiative ablehnen.

Daniel Vischer (Grüne, Zürich): Ich bin in der komfortablen Lage, dass ich kein Lobbyist, weder von Stadträtin Esther Maurer noch von Regierungsrätin Rita Fuhrer, bin. Aber ich glaube, es gibt in der Politik, aber auch in der Wirtschaft ein ziemliches Missverständnis. Es grassiert nämlich die Meinung, man könne grösserer und sich ausbreitender Komplexität mit mehr Einheit und Vereinheitlichung begegnen. Das ist der Trugschluss im ganzen Prozedere um dieses Geschrei Kantonspolizei–Stadtpolizei.

Es ist lächerlich zu meinen, dass Zürich, in gewissem Sinn eben doch Grossstadt und Weltstadt, die gleichen Probleme hat wie die übrigen Gebiete im Kanton Zürich. Und wer das noch nicht begriffen hat, wird es auch in Zukunft nicht begreifen und meint immer noch, die Stadt Zürich könne in irgendeiner Folge Befehlsempfänger eines Kantons sein. Die Wirklichkeit wird sich davon weg bewegen, weil die Menschen in der Stadt Zürich längst nicht mehr im Ernst daran glauben, dass ihnen im Kaspar-Escher-Haus jemand etwas zu sagen hat. Es ist ja ganz klar, dass die Wirklichkeit der Stadt Zürich zwischen einem Halbkanton und dem jetzigen Zustand liegt. Das heisst, wir müssen die Frage eines neuen Typs einer Grossstädteautonomie in diesem Land endgültig überdenken. Wir können doch nicht im Ernst sagen, die Kantonsstrukturen seien überholt, Regionalisierungsbe-

strebungen machten sich breit – und dann kommen wir mit dem alten Zopf einer Kantonsherrlichkeit, die wir in diesem Rat predigen.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass in der Verfassungsrevision endlich eine erste Regionalisierung durchgreift und dass in diesem Regionalisierungsprozess die Stadt Zürich eine eigene Region bilden wird. Dann wird das Polizeiwesen, gewissermassen systemtheoretisch gesprochen, zu einer in sich geschlossenen Einheit, welche sich selber reguliert. Und selbstredend wird das natürlich auch Auswirkungen auf die Polizei haben, denn wie anders wollen Sie den von Esther Maurer übrigens richtig beschriebenen Problemen in der Stadt begegnen, als mit den Leuten, die tatsächlich täglich vor Ort damit zu tun haben?

Was wir abschaffen müssen in der Stadt Zürich, ist letztlich die Kantonspolizei. Wir müssen eine einheitliche Regionalpolizei haben, die ihrer Aufgabe gerecht wird. Ich bin überzeugt, dass die Zukunft auch in anderen Städten in diese Richtung gehen wird. Ich weiss, es ist nicht so, dass sich in diesem Rat etwas in diese Richtung bewegt. Man redet vornehm von neuer Dienstleistung, Freund und Helfer, und tut so, als sei die Polizei eine Dienstleistung unter anderen. Die Polizei ist notabene einer der wenigen Machtapparate, über die der Staat überhaupt noch verfügt. Und ein Gemeinwesen braucht einen Staatsapparat, welcher dem Grösstmöglichen und Kleinstmöglichen am nächsten ist – der eigenen Bürgerin und dem eigenen Bürger. Deswegen braucht die Stadt Zürich einen Machtapparat gewissermassen des eigenen Gemeinwesens. In diesem Sinne haben die Leute Recht, die gesagt haben, Autonomie hänge auch mit der Verfügbarkeit der eigenen Polizei zusammen. Ich bin auf diese Position gekommen über den Gedanken der Regionalisierung.

Das Grundproblem in diesem Kanton, wenn ich es sagen darf, ist übrigens noch ein anderes: Wir brauchen endlich ein Scharnier zwischen Justizdirektion und Polizeidirektion. Es ist lächerlich, dass heute im Justizbereich grosse Reorganisationen gemacht werden – notabene ohne gesetzliche Grundlage – im bezirksanwaltschaftlichen Bereich; das wissen ja alle, aber niemand sagt etwas. Es gibt keine gesetzliche Grundlage dafür; alle sind sauer. Und dann diskutieren wir über die Polizei, als ob das nicht miteinander zusammenhängen würde. Da brauchen wir auch eine Verschmelzung, eine Vereinheitlichung der Strukturen. Wir sind irgendwo am Ende und irgendwo am Anfang. Aber diese Einheits-Initiative wäre in diesem Sinne das Falsche, weil sie irgendwelchen Einheitsglauben weckt, den es gar nicht mehr gibt.

Willy Haderer (SVP, Unterengstringen): Man kann das Problem wirklich auch emotional diskutieren, wie das viele von Ihnen getan haben. Es gibt aber auch sehr viele sachliche Argumente, wie man das Problem zu lösen hat.

Die Lastenausgleichsvorlage vor einigen Jahren hat die Diskussion um die Polizeistruktur in unserem Kanton neu lanciert. Obwohl dies eigentlich nur eine Finanzausgleichsvorlage war, wurde sie im Bereich der Polizei erst mehrheitsfähig, nachdem man in der Diskussion klare Eckpfeiler festgelegt und diese in die Vorlage eingebaut hatte. Man hat vereinbart, dass Zusammenschlüsse der Kriminalpolizei nötig seien und es kam mit in die Vorlage hinein, dass zum Beispiel Bereiche wie die Seepolizeien zusammenzulegen seien. Man hat klar formuliert, dass weitere Bereiche wie Infrastruktur, Ausbildung und Beschaffungswesen – sie wurden speziell genannt – neu gemeinsam zu organisieren seien.

Wenn nun ein Versuch, die Kriminalpolizei zu organisieren, gescheitert ist und nur eine Teillösung gegen den starken Druck der Stadt Zürich, insbesondere der Stadträtin Esther Maurer – sie hat es immer wieder verstanden, hier den Knebel zwischen die Beine zu werfen – zu Stande gekommen ist, wenn eine vernünftige Lösung also nicht möglich war, müssen wir jetzt nicht auf halbem Wege stehenbleiben. Es ist nötig, dass wir weitere Schritte im Sinne des damaligen Versprechens bei der Lastenausgleichsvorlage machen. Das Volk hat dieser Vorlage klar und deutlich zugestimmt und damit unserer Regierung den Auftrag gegeben, hier weitere Schritte zu unternehmen. Mir sind diese Schritte bisher zu wenig weit gegangen.

Wenn wir die heute in den 9000 bis 20'000 Seelen zählenden Gemeinden bestehenden Polizeiorganisationen betrachten, müssen wir auch klar festhalten, dass diverse Aufgaben, die dort organisiert sind, und Leistungen, die erbracht werden, gar nicht spezielle Polizeiaufgaben sind. Es sind Sicherheitsaufgaben, die sehr wohl auch ohne Polizei wahrgenommen werden können. Und es steht auch nicht ausser Diskussion, dass, wenn eine gesamte organisierte Polizei auf dem Kantonsgebiet eben auch zu Gunsten der Gemeinden und im Auftrag der Gemeinden Aufgaben zu erledigen hat, die Gemeindeautonomie nicht geritzt wird. Es gibt Vertragsverhältnisse zwischen der Kantonspolizei und diversen Gemeinden, die dies vormachen und diesen Weg vorzeichnen. Das ist der Weg und wir müssen nun endlich ein-

mal bereit sein, nicht immer dann die Bremse einzulegen und zu sagen, das geht aus diesem und anderen speziellen Gründen nicht, wenn versucht wird, eine Lösung, die zwar noch nicht explizit vorgezeichnet ist, aber in die richtige Richtung weist, voranzutreiben. Diese Blockaden zwischen Kanton und Stadt Zürich sind endlich zu überwinden, und zwar ohne dass wir ständig fürchten müssen, die Gemeindeautonomie werde geritzt. Wir müssen weitere Schritte tun und die Initiative kann uns dabei helfen. Ich hoffe, dass die Initiative im Volk eine grosse Unterstützung haben wird. Dann wird der Regierungsrat gefordert sein, Lösungen im Sinne einer besser strukturierten Gesamtpolizei zu organisieren.

Andreas Honegger (FDP, Zollikon): Lieber Daniel Vischer, – er ist zwar, glaube ich, nicht hier, aber ich kann ja trotzdem mit ihm reden – wir wollen sicher keine Grossstadtautonomie, sondern wir wollen eine Stadt, die mit dem Umland aufs engste verbunden ist. Stadt und Land gehören in Zürich zusammen. Wir wollen auch keinen Machtapparat als Polizei, ganz sicher nicht, sondern was wir wollen, ist mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger – dies als Präliminare.

Die Frage, die wir heute diskutieren, hat eine lange Vorgeschichte. In den verschiedenen Runden zur Abgeltung zentralörtlicher Ausgaben der Stadt haben wir uns immer wieder dafür ausgesprochen, eine Zusammenlegung der beiden Polizeikorps zu prüfen. Viele Möglichkeiten der Vereinfachung und viele Synergieeffekte liegen auf der Hand. Das Trauerspiel des Versuchs, die Kriminalpolizeien von Stadt und Kanton Zürich zusammenzubringen, zeigt, wie schwierig die Verschmelzung von einzelnen Teilen ist. Das Zusammenlegen der beiden grossen Korps ist letztlich die richtige Lösung und nicht das Zusammenzwingen einzelner Aufgaben oder Teile dieses Korps.

Jetzt liegt eine Volksinitiative vor, die diese Zusammenlegung fordert. Sie ist eine allgemeine Anregung, die der Regierung genug Spielraum lässt. Die Regierung könnte diesen Spielraum nutzen und nicht Argumente aus der Begründung der Initiative gegen diese ins Feld führen. Die Grundidee der Initiative ist richtig. Man kann auf ihr aufbauen – wenn man nur will. Ein altes, ja uraltes Anliegen im Stadt-Land-Komplex könnte endlich effizient gelöst werden. Es ist etwas peinlich, wenn dies nun an der überhöhten Beachtung einzelner Detailformulierungen in der Initiative und der Begründung scheitern

sollte. Ob die Polizei, die unsere Sicherheit, unsere persönliche Freiheit schützt und sichert, an der Mütze eine Mauerkrone trägt oder aber ein kantonales Zeichen, ist uns völlig egal. Da hat Susanne Rihs ganz Recht. Wir brauchen die Funktion der Polizei. Wo diese verwaltungstechnisch eingeordnet ist, spielt keine Rolle. Prestige sollte hier für einmal keine wesentliche Rolle spielen und kein Faktor sein. Wir wollen eine starke, effiziente, rasch agierende und gut geführte Polizei. Eine solche zu führen, traue ich Regierungsrätin Rita Fuhrer ohne weiteres zu. Es gibt keinen Grund, die Zusammenlegung der Korps nicht voranzutreiben.

Lieber Kollege Richard Hirt, wir von der FDP sehen die grossen Linien und haben das Hauptziel vor Augen und nicht kleine Details, Probleme der Gemeindepolizeien. Wir nehmen die Gemeindeautonomie sicher sehr ernst, aber nur wenige Gemeinden geniessen überhaupt das Privileg, grössere Polizeikräfte zur Verfügung zu haben, welche sie zum Einsatz bringen können. Die Mehrzahl der 171 Gemeinden ist auf die Zusammenarbeit sehr stark angewiesen. Hauptstossrichtung der Forderung der Initiative bleibt die Einheitspolizei im Bereich Kriminal- und Sicherheitspolizei. Die Gemeindepolizisten, die Parkbussen austeilten und die Hausfrauen, die sich in der Stadt einen Nebenverdienst verschaffen, indem sie Vignetten in Blauen Zonen kontrollieren, müssen nicht in eine Einheitspolizei eingeordnet werden.

Eigentlich wissen wir alle, wie der richtige Weg zur Einheitspolizei aussehen sollte, aber politische Überlegungen, Prestigedenken und Ähnliches trüben den Blick auf die uns vorliegende Initiative. Das ist bedauerlich. Wir betrachten das Ganze etwas retro, etwas rückwärts-gewandt und sicher nicht im Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner von Stadt und Kanton und deren wachsendem Sicherheitsbedürfnis. Mit einer defensiven, rückwärts gewandten Politik schaffen wir nicht mehr Sicherheit. Hartmuth Attenhofer mit seinem Liquidator ist dafür ein sehr gutes Beispiel.

Stimmen Sie für die Initiative, denn deren Stossrichtung stimmt. In dieser Frage braucht es Mut und keine Kleingläubigkeit. Geben wir der Regierung einen klaren Auftrag.

Ordnungsantrag

Dorothee Jaun (SP, Fällanden): Ich beantrage die Schliessung der Rednerliste.

Ratspräsident Martin Bornhauser: Es ist ein Antrag auf Schliessung der Rednerliste gestellt worden. Es ist einfaches Mehr erforderlich.

Thomas Isler (FDP, Rüschlikon): Liebe Kollegin Dorothee Jaun, ich bin ja auch berüchtigt, solche Anträge zu stellen. Für einmal hätte ich es für richtig gehalten, wenn die Voten zu dieser Thematik noch publik werden. Daher habe ich mich davon absentiert. Es sind noch acht Redner auf der Rednerliste. Wenn nicht noch viel mehr Sprecher kommen, sollten wir die Liste nicht schliessen und normal fortfahren. Ich habe gesprochen.

Daniel Vischer (Grüne, Zürich): Ich bin ein bisschen dagegen, dass jede Lobby, die an der Rednerliste-Frage ein Interesse hat, einen Antrag stellt. Ich schliesse mich Thomas Isler an. Es kann nämlich sein, dass sich die Notwendigkeit ergibt zu replizieren, gerade in dieser Frage. Ich beantrage

die Rednerliste nicht zu schliessen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit deutlicher Mehrheit, die Rednerliste nicht zu schliessen.

Ernst Stocker-Rusterholz (SVP, Wädenswil): Die interessante Debatte von heute Morgen hat mich, der ich als Polizeivorstand drei Jahre lang ein mittleres Korps von sieben Mann in einer Gemeinde geführt habe, doch veranlasst das Wort zu ergreifen. Die Initiative, die heute auf dem Tisch liegt und von Enrico Germann vom Detektivverband präsentiert wurde, ist für mich eine Art Hilfescrei, dass sich die Polizisten und Polizistinnen nicht mehr ernst genommen fühlen und dass es mit der Zusammenarbeit nicht klappt; so verstand ich sein Votum heute Morgen. Ich glaube, es ist enorm wichtig für uns, wenn wir Volksvertreter sein wollen, dass wir diesen Hilferuf ernst nehmen.

Ich bin auch der Meinung, dass Verbesserungen im Bereich der Polizei nötig und möglich sind. Ich sehe diese Verbesserungen hauptsächlich, wie es heute Morgen schon vermehrt gesagt wurde, im Bereich Ausbildung und Ausrüstung. Ansonsten meine ich aber, dass wir mit der heutigen Struktur gut fahren. Ich fände es falsch, wenn man auf Grund der Probleme im Bereich der Stadt Zürich, die hier niemand wegdiskutieren will, über den ganzen Kanton etwas, das sonst gut funktioniert, abschaffen würde. Im Bezirk Horgen, von wo ich herkomme, haben wir eine ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen den Ortspolizeien und der Kantonspolizei. Das können Verschiedene hier im Saal bestätigen. Wir fahren gemeinsame Patrouillen und arbeiten zu Gunsten unserer Bevölkerung gut zusammen. Ich bin klar der Meinung, wie Susanne Rihs es gesagt hat: Es kommt der Bevölkerung nicht darauf an, ob blaue oder graue Uniformen kommen, wichtig ist, dass jemand kommt. In unserem Bezirk sind wir heute dank der jetzigen Struktur in der Lage, eine bessere Versorgung der Bevölkerung zu bieten. Wir ersehen aus der Diebstahl-Statistik, dass die Präventionsarbeit, die geleistet wird, gut wirkt; und dies alles – das möchte ich betonen – ohne Einschränkung der Gemeindeautonomie. Wenn wir am Montagabend im Stadtrat beschliessen, dass in diesem Schulbereich, auf jener Kreuzung ein Schwerpunkt gesetzt werden muss, dann wird dies unverzüglich von unserer Stadtpolizei umgesetzt. Wenn es in einem Schulhaus Probleme gibt, wenn die Kinder über die Strasse müssen – wir haben es in der Hand und bestimmen selber, ohne zeitlichen Verzug, wo unsere Leute eingesetzt werden. Ich glaube, das ist der Vorteil der heutigen Lösung.

Wenn uns die Initianten weismachen wollen, dass wir die Kantonspolizei abschaffen sollen – das wäre nämlich das Ziel der Initiative, wie Daniel Vischer gesagt hat – müssten die Ortspolizeien Zürich und Winterthur und die Gemeinden das organisieren. Hier liegt der grosse Mangel. Das ist meines Erachtens nicht lösbar. Da muss ich der Regierung Recht geben, wenn sie in ihrer Antwort schreibt, wenn die Initiative angenommen werde, werde die Kantonspolizei diese Organisation, dies alles abdecken. Da kommen wir nicht darum herum. Da können Sie, meine lieben Freunde von der FDP, von der Gemeindeautonomie reden, so lange Sie wollen. Hier besteht eine Diskrepanz. Sie ist nur lösbar, indem die Gemeindeautonomie leidet, falls diese Initiative angenommen wird. Darum wehren wir uns seitens der Gemeinden dagegen. Hier ist auch das Problem. Die Bevölkerung will ein-

fach eine Polizei. Daher wird die Initiative Chancen haben im Volk; davon bin ich überzeugt. Aber ob die Bevölkerung wirklich weiss, was diese Initiative auslösen wird? Sie wird Mehrkosten auslösen, weniger Autonomie und weniger Bürgernähe.

Darum ist die Initiative meiner Meinung nach abzulehnen und der Weg frei zu machen für ein neues Polizeiorganisationsgesetz.

Martin Vollenwyder (FDP, Zürich): Erlauben Sie mir zuerst zwei kurze Vorbemerkungen zu Vorrednern. Hartmuth Attenhofer möchte ich herzlich dafür danken, dass er praktisch in jedem Votum im Kantonsrat meinen Namen erwähnt. Entweder möchte er sich profilieren für die Ausscheidung SP-intern, oder dann ist das ein indirektes Gesuch, in meinem Komitee mitzuwirken. Lorenz Habicher möchte ich klar und deutlich sagen: Ich habe nicht nur eine Meinung – wie Sie. Ich habe eine eigene Meinung. (*Heiterkeit.*)

Nun zur Initiative. Ich bin persönlich der Meinung – und das hat der Kommissionspräsident Marco Ruggli schon ausgeführt – dass es sich um eine Anregung, eine einfache Anregung handelt. Es würde etwas ausgearbeitet, das der Kantonsrat und das Volk nochmals beurteilen könnten.

Die SVP sagt immer, sie hätte das Ohr ganz nahe bei der Verwaltung und beim Volk. Und sie hat auch immer gesagt, sie hätte das Ohr ganz nahe bei der Polizei. Jetzt muss ich Ihnen sagen: Hier hat sie es nicht mehr ganz nahe oder sie hat irgendwelche Gehörschutzpfropfen drin. Sie haben heute Morgen Enrico Germann zugehört und Ernst Stocker hat es zumindest jetzt etwas erfasst: Es funktioniert einiges nicht. Und es funktioniert einiges überhaupt nicht. Es kann doch nicht sein, dass man sich auf diesem kleinen Gebiet des Kantons Zürich, wo sich auch die Stadt Zürich befindet, gegenseitig Informationen vorenthält. Ich bin auch erstaunt, dass die SVP auf einen ihrer ältesten Gemeindepräsidenten, der klar und deutlich gemacht hat, dass es auf vertraglicher Basis Lösungen gibt, offensichtlich nicht hört.

Alle hier drin haben das selbe Ziel: Eine bürgernahe Polizei. Wir stellen fest, es gibt Strukturen, die nicht funktionieren und wir getrauen uns nicht, etwas anzustossen, weil wir Angsthasen sind, weil wir irgendwem irgendwann ins Gärtchen treten. Das trifft auf alle Parteien zu, habe ich den Eindruck. Aber wenn Sie nicht in die Gärten treten, können Sie das Unkraut nicht jäten, damit die Pflanzen wieder frisch

blühen. Sie müssen nicht immer Angst vor sich selber haben! Machen Sie doch einmal etwas Mutiges, dann hat Regierungsrätin Rita Fuhrer die Aufgabe, etwas vorzuschlagen.

Die FDP hat klar gesagt, sie will die Gemeindeautonomie nicht irgendwie kaputt machen. Es gibt Lösungsmöglichkeiten, bei denen die Gemeindeautonomie erhalten bleiben kann. Aber es ist doch nicht notwendig, dass man einfach in den Gräben, die «Urban Kapo» geschaffen hat, verharrt und in den Gräben unten miteinander nicht mehr spricht. Diese Initiative ist eine allgemeine Anregung und es erinnert mich verdächtig irgendwie an die Vorlage «Sieben statt Neun». In der Stadt Zürich wurde Ende der Achtziger Jahre die allgemeine Anregung durch die Bevölkerung gutgeheissen. Aber die Vorlage, wie sie dann kam, wurde abgelehnt – unter anderem auch durch Parteien hier drin. Die Idee als solche war die richtige – in der Zwischenzeit wissen wir, dass es die richtige Idee war. In der Zwischenzeit wollen alle «Sieben statt Neun» – ausgenommen Koni Loepfe auf den Presseplätzen. Das ist ein Anstoss, vielleicht offener über ein Problem nachzudenken, als man es bisher gemacht hat. Ich begreife diesen Rat nicht, wenn er nicht in der Lage ist, einen Anstoss zu unterstützen. Es ist nichts festgeschrieben, wenn Sie der Initiative die Unterstützung gewähren. Es ist in die richtige Richtung gedacht. Es gibt sicher Detailprobleme. Bewährtes soll erhalten bleiben et cetera. Aber stützen Sie sich doch bitte nicht auf die etwas einseitige Antwort der Polizeidirektorin und auf sämtliche Gralshüter der Polizeikorps zwischen zwei und 1800 Mitgliedern. Nicht wahr, wir haben ja 40 Polizeikorps im Kanton Zürich, aber die meisten Korps – Marco Ruggli hat es bereits gesagt – haben einen Bestand von unter zehn Mann.

Ich muss Ihnen sagen, wir müssen die Probleme lösen, wir können sie nicht aussitzen. In diesem Sinne bitte ich Sie die Initiative zu unterstützen. Bei der SVP müssen Sie vielleicht schauen, zu welchem Zeitpunkt Willy Haderer aufsteht und bei der SP bei Marco Ruggli schauen und dann geht alles gut heute Morgen!

Felix Müller (Grüne, Winterthur): Ob wir wollen oder nicht – die meisten wollen zwar – die Globalisierung und die Mobilität schreiten voran. Und nur die polizeilichen Strukturen sollen in diesem Umfeld verkleinert werden, damit nachher mit Verträgen über die Kantons- und Gemeindegrenzen hinaus die gegenseitigen Kompetenzen geregelt werden können. Schauen wir doch mal ins Ausland, nach

Deutschland, in die USA, nach Frankreich, nach Italien. Überall kennen wir Polizeikorps ohne Hauch einer postkommunistischen Idee, Polizeikorps, die viel grösser sind als nur schon das Polizeikorps des Kantons Zürich. Und es funktioniert auch! Das FBI zum Beispiel kommt ja in jedem zweiten mittelmässigen Film als die grosse Crew vor, welche Ruhe und Ordnung schaffen kann.

Die Diskussion ist ja entstanden über das Thema der zentralörtlichen Abteilungen – es ist bereits gesagt worden. Man hat die Kriminalpolizei kantonalisiert, weil man gesehen hat, dass diese Institution zu komplex wird, wenn sie auf verschiedenen Geleisen läuft. Und die Kriminalpolizei Zürich mit ihrem Untersuchungsdienst ist ja zum Teil schon gesamtschweizerisch tätig. Die «Urban Kapo» in diesem Zusammenhang ist zwar ein Zustand, aber kein Weg. Wir müssen, ja wir sind verpflichtet, hier weiter zu denken und zu schauen, wie im Kanton Zürich und in der Schweiz die polizeilichen Institutionen reformiert und aktualisiert werden können.

Der Stadt-Land-Konflikt, von dem hier die Rede war, ist ein Konflikt, der vor allem von den Politikerinnen und Politikern hochgeschaukelt wird. Der Kanton Zürich ist eine Stadt. Mindestens 70 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner wohnen in den Agglomerationen der Städte Zürich und Winterthur. In diesem Zusammenhang von Stadt und Land zu sprechen, ist ein Witz.

Die Initiative ist eine allgemeine Anregung, das ist auch schon verschiedentlich gesagt worden. Sie ist eine Idee in die richtige Richtung, in eine Zukunft – ein Fingerzeig, der zeigt, wohin der Weg mit der Polizeistruktur gehen soll. Wenn man es richtig organisiert – und das ist dann der zweite Weg, wenn auf dieser Basis das Polizeigesetz reformiert werden soll – dann kann die Gemeindeautonomie meines Erachtens insbesondere für die so genannten Landgemeinden sogar verbessert werden. Ich bin ganz klar der Meinung, dass der Kanton zwar die administrative Führung des Gesamtkorps haben soll. Die Gemeinden sollen aber selbstverständlich in ihrem Gemeindegebiet die Einsatzkompetenz haben und die Prioritäten setzen dürfen. Und es muss klar geregelt werden, in welchen Regionen und in welcher Zusammensetzung die Korps den Gemeinden zur Verfügung stehen sollen und müssen. In diesem Sinne bitte ich Sie, daran zu denken, dass wir ein Zürich haben, das von der «Greater Zurich Area» eigentlich richtig eingeschätzt wird; ein Zürich, das von Wetzikon bis Baden und von Thalwil bis Kloten oder noch weiter geht; ein Zürich, das

nicht an der Stadtgrenze halt macht, weder an der Stadtgrenze von Bülach noch an jener von Winterthur noch an jener der Stadt Zürich.

Ich bitte um Unterstützung der Initiative.

Ernst Jud (FDP, Hedingen): Als Gemeindepräsident bin ich ebenso wie Kollege Willy Haderer ein vehementer Verfechter von Gemeindeautonomie. Ich bin aber trotzdem für die Initiative. Das habe ich auch bei ihm herausgehört.

Viele Redner und Rednerinnen haben heute die Einheitspolizei hervorgehoben und ihre Kritik daran aufgebaut. Es ist aber in der Initiative von einer einheitlichen Polizei die Rede, nicht von Einheitspolizei. Das ist keine Wortspielerei, sondern das sind verschiedene Dinge. Ich sehe eine zukünftige Kantonspolizei als Dachorganisation für das Ganze, zuständig im Speziellen für Ausbildung, Logistik, Koordination und vieles mehr. In einem neuen Polizeigesetz können aber durchaus die Aufgaben für die Gemeinden je nach Grösse verschieden geregelt werden. Kleine Gemeinden wären froh um mehr Unterstützung. Zudem sollte der Streit zwischen Stadt und Kanton Zürich endlich begraben werden.

Stimmen Sie also der Initiative zu und machen Sie so den Weg frei für eine neue, gute und effiziente Polizei im Kanton Zürich!

Johann Jucker (SVP, Neerach): Enrico Germann und Susanne Rihs haben mich erstaunt mit ihren Aussagen, es müsse endlich sicher werden im Kanton Zürich und die Bevölkerung müsse wissen, welche Polizei zuständig sei. Ich habe gehört, es solle eine gute Polizeistruktur geschaffen werden. Wir haben jetzt eine gute Polizei im Kanton Zürich und die Organisation wurde soeben angepasst.

Die Gemeindebedürfnisse sind unterschiedlich. Gestatten Sie mir einen Quervergleich mit der Globalisierung in der Wirtschaft anzustellen – als Klammerbemerkung: Ich rede von Grossfirmen wie Swissair und Sulzer. Sicher könnten, wie wir gehört haben, Synergien bei der Ausbildung und der Materialbeschaffung genutzt werden. In der Regel sind aber diese Synergien viel kleiner als angenommen wird. Verbesserungen sind in jedem Betrieb und immer möglich. Ansonsten wäre zu befürchten, dass, wie in der Wirtschaft, die Bereiche bald wieder aufgeteilt würden. Vieles müsste wieder kommunal geführt

werden. Der finanzielle Aufwand wäre gross und der Nutzen eher klein.

Ein anderer Faktor ist der Umstand, dass viele unserer Kantonsrätinnen und Kantonsräte bei Gesetzesvorlagen vor der Abstimmung zuerst die Verordnungen einsehen möchten, bevor sie sich entscheiden. Und ausgerechnet bei einer solchen Volksinitiative erwartet man quasi einen Vorentscheid vom Volk, wie es weiter gehen soll! Ich bitte Sie, diese Initiative nicht zu unterstützen.

Klara Reber (FDP, Winterthur): Ich bin der Initiative gegenüber sehr skeptisch. Wir stimmen hier, juristisch gesehen, ja nicht über die Begründung, sondern über den Text selbst ab. Und der Text sichert keineswegs, dass die Gemeinden auch in Zukunft ihre eigenen Polizeien führen können. Ich denke hier natürlich ganz besonders an meine Stadt Winterthur. Wir haben heute dort keine Probleme.

Ich befürchte, dass mit der Annahme der Initiative mehr Problem geschaffen als gelöst werden, vor allem für die grossen Städte. Ich glaube, die Koordination gewisser Ausbildungs- und Weiterbildungsfunktionen, aber auch der Ausrüstung und so weiter kann man auch ohne Initiative an die Hand nehmen.

Willy Germann (CVP, Winterthur): Ich bin froh, dass auch eine freisinnige Parlamentarierin auf ein positiv, ein gut funktionierendes Modell hingewiesen hat.

Martin Vollenwyder, Sie haben gesagt, es funktioniere einiges nicht im Polizeiwesen. Nun fragt es sich: Wo funktioniert es nicht oder wo wird es wahrscheinlich nicht funktionieren? Dann kommen wir eindeutig auf die Stadt Zürich. Es ist doch aus der Diskussion ganz deutlich hervorgegangen, dass es wahrscheinlich Verbesserungen am Modell «Urban Kapo» braucht. Es war eine überstürzt realisierte Lösung. Daran trägt nicht die Regierung die Schuld, sondern das Parlament; das muss auch gesagt werden.

Die Initiative ist eine Radikallösung, die jetzt aber als Alternative zu dieser unglücklichen «Urban Kapo» serviert wird, eine Radikallösung, die eindeutig mehr kaputt macht als verbessert. Ich mache nicht in Lokalpatriotismus oder in Parteienloyalität, sondern ich berufe mich auf Erfahrungen in der Stadt Winterthur, wenn ich mich für dieses Modell einsetze. Es ist das Modell Hirt, wir haben es gesehen, es

liegt ja auch ein Vorstoss vor. Es ist ein Modell, wonach alle kriminalpolizeilichen Aufgaben vom Kanton wahrgenommen werden sollen.

Nun, ich spreche von den anderen polizeilichen Aufgaben. Es zeigt sich immer deutlicher, dass diese von den Gemeinden besser wahrgenommen werden können, also vor allem von Gemeindepolizeien, die eine gewisse Grösse haben. Denn diese polizeilichen Aufgaben dürfen je länger je weniger isoliert betrachtet werden. Sie sind immer mehr mit anderen Gemeindeaufgaben vernetzt. Ich bringe einige Beispiele, aus denen ersichtlich ist, dass die Vernetzung beispielsweise mit dem Sozialdepartement, mit dem Baudepartement und vor allem auch mit dem Schuldepartement erforderlich ist. Denken Sie an die Drogenproblematik, an die Drogenprävention! Denken Sie an Jugendgewalt nicht nur auf dem Pausenplatz, sondern auch an den Freizeitstätten! Da ist eine Vernetzung mit anderen Departementen nötig. Denken Sie an die Ausländerproblematik vor allem in Ausländergettos! Da ist letztlich sogar die Raumplanung gefragt. Denken Sie an die Verkehrsproblematik, wo ja die zwei Städte Winterthur eine gewisse Autonomie haben auch bei der Errichtung von Strassen! Und denken Sie zum Beispiel an die Schul- und Sozialarbeit, wo ja auch eine Vernetzung mit der Polizei da ist, weil man es da oft mit Gewalt zu tun hat! Alle diese Aufgaben können bürgernaher und effizienter erfüllt werden, wenn sie von den Gemeindepolizeien wahrgenommen werden können – statt weit weg, von oben her, irgendwo ausgelöst zu werden. Noch etwas zum Modell Winterthur. Diese Aufgabenteilung funktioniert dort bestens. Die Zusammenarbeit zwischen der Kantonspolizei und der Stadtpolizei Winterthur ist ausgezeichnet.

Ich bitte Sie also, halten Sie das Subsidiaritätsprinzip in einem Fall hoch, wo es wirklich nötig und sinnvoll ist!

Alfred Heer (SVP, Zürich): Offensichtlich haben die Initianten etwas Mühe mit dem Initiativtext, den sie vorgeschlagen haben. Es steht klar und deutlich, dass im Kanton Zürich eine einheitliche Polizei für den ganzen Kanton und alle Gemeinden zu schaffen sei, die alle polizeilichen Aufgaben, Kriminalpolizei, Sicherheitspolizei, Verkehrspolizei und übrige Dienste wahrnimmt. Damit wäre sogar, obwohl Andreas Honegger dies bestritten hat, auch die Bussenverteilung gemeint; dabei handelt es sich um einen der übrigen Dienste der Polizei, auch wenn er teilweise von zivilen Personen erfüllt wird.

Ich bin gegen diese Initiative. Ich könnte damit leben, wenn lediglich die Kriminalpolizei gemeint wäre. Aber ich bin der Meinung, dass die Gemeindeautonomie erhalten bleiben muss. Die Prävention ist ein wichtiger Bestandteil, der nur von einer bürgernahen Polizei hervorgebracht werden kann. Sie können mir ja nicht sagen, dass eine Polizei, die 4500 Personen umfassen würde, eine bürgernahe Polizei wäre. Eine solche Polizei ist tatsächlich schwierig zu führen. Auch wenn Felix Müller die Vereinigten Staaten, welche grössere Polizeikorps haben, angeführt hat, so ist es doch auch in den USA so, dass die Kommunen über eigene Polizeikräfte verfügen. Auch die Grossstädte haben eine eigene City Police. Es ist also nicht so, dass dort lediglich das FBI tätig wäre oder nur die Staatspolizei. Also auch dort ist diese Unterteilung so vorgenommen, wie wir sie in der Schweiz und im Kanton Zürich kennen.

Enrico Germann hat angesprochen, dass die Polizeikorps gegeneinander arbeiten, was mich ein bisschen erstaunt hat. Wenn es tatsächlich Probleme gibt, so wäre es wohl die Aufgabe vor allem der führenden Polizeikräfte von Stadt und Kanton, miteinander zu arbeiten und für ein besseres Betriebsklima zwischen Kantonspolizei und städtischer Polizei zu sorgen – statt wie hier mit einer Initiative zu versuchen, diese Zusammenarbeit zu torpedieren. Ich glaube, es ist auch ein Trugschluss zu glauben, dass die Zusammenarbeit dann reibungsloser funktionieren würde, wenn diese Einheitspolizei angenommen würde und die Kantons- und Stadtpolizei verschmelzt werden müssten. Eher das Gegenteil wäre der Fall, weil es dann ja weniger Offiziersstellen gäbe und ein richtig schöner Streit darüber entbrennen würde, wer denn nun was machen dürfe.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, die Initiative abzulehnen. Sie bringt nicht mehr Sicherheit für die Bevölkerung und nicht mehr Bürgernähe, dafür aber eine schwierig zu führende Polizei. Ich bin der Meinung, der Weg muss dorthin gehen, dass wir ein Polizeiorganisationsgesetz verabschieden, welches die Aufgaben zwischen Orts-, Gemeinde- und Kantonspolizei klar regelt. Auf diesem Wege müssen wir weiterfahren. Aber es ist sicherlich falsch, insbesondere der Stadt Zürich die Polizei wegzunehmen. Dabei denke ich gerade an die Aktion «Langstrasse Plus». Es ist ja auch wichtig, dass die Polizei mit den Sozialbehörden zusammenarbeitet, um eine Lösung zu finden und die Drogenszene auflösen zu können. Es kann doch nicht angehen, dass die Stadt keine Polizei mehr hat und dann quasi beim Kanton um Hil-

fe nachsuchen muss, um eine Drogenszene auflösen zu können. Sozialbehörden, die Stadt, Polizeivorsteherin oder Polizeivorsteher in einer Gemeinde müssen zusammenarbeiten und über die notwendigen Mittel im sozialen Bereich verfügen. Dazu braucht es diese Gemeindeautonomie, um diese Mittel zu haben im sozialen und polizeilichen Bereich und damit die Probleme effektiv lösen zu können. Ich bitte Sie, die Initiative abzulehnen.

Peider Filli (AL, Zürich): Trotz des Votums von Hartmuth Attenhofer, der mich eher dazu verleiten würde, nichts zu sagen, ein paar Gedanken – der Hafer juckt. Andreas Honegger sprach von der wohlgemerkt in Klammern erwähnten Zusammenlegung der Kripo im Lastenausgleich. Sie sei zu prüfen. Was aus der Sicht der Stadt passiert ist, war nicht eine Prüfung, sondern eine Erpressung seitens des Kantons. Man hat der Stadt gesagt «wenn du das Geld willst, dann musst du die Kripo geben». Gebrannte Kinder fürchten das Feuer. Ich möchte nicht dank dieser Vorlage wieder einen jahrelangen Stadt-Land-Krieg vom Stapel lassen, den Willy Haderer schon mit dem Angriff auf Esther Maurer begonnen hat. Die Polizei muss möglichst nah am Bürger, an der Bürgerin sein. Das garantiert die Stadtpolizei. Der Kanton ist schon emotional bei der Bevölkerung zu abstrakt. Lehnen Sie diese Initiative ab.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Erlauben Sie mir, als Präsident des Verbands der Kantonspolizei – hiermit habe ich die Interessenbindung klar gemacht – auch noch einige Bemerkungen. Grundsätzlich möchte ich Ihnen aber sagen, dass unser Verband zur Einheitsinitiative keine Stellungnahme abgegeben hat. Wir sind offen geblieben, weil wir grundsätzlich davon ausgehen, dass wir mit jeder Lösung leben können. Wir werden immer einen gangbaren Weg finden, wenn die Bevölkerung und wenn der Rat das grundsätzlich so wünschen.

Ich muss Ihnen aber auch sagen, dass die ganze Diskussion um diese Einheitsinitiative ein bisschen schmerzt. Und zwar schmerzt es insbesondere den Polizisten als Person. Hier haben wir ja Polizisten der Kantonspolizei und des Korps der Stadtpolizei Zürich. Beide, das möchte ich hier ausdrücklich betonen, arbeiten sehr gut zusammen auf der direkten Ebene, wo man eben konkret zusammenarbeitet. Die politische Diskussion um die Strukturen hat in den Medien ein Bild

gegen aussen vermittelt, das so aussieht, als wenn die Polizeien untereinander Probleme hätten.

Es stimmt allerdings, dass Enrico Germann, als Präsident des Detektivverbandes, tatsächlich in einigen Aussagen eine Konfrontation mit dem kantonalen Verband oder mit der Kantonspolizei gesucht hat. Wir haben nicht darauf reagiert und werden auch in Zukunft nicht darauf reagieren – im Gegenteil. Wir möchten hier ganz klar betonen, dass wir immer noch gesprächsbereit sind und es auch in Zukunft sein werden, dies aber – und das möchten wir ausdrücklich sagen – auf Grund der Fakten, die nun eben vorgegeben sind. Die Volksinitiative wurde lanciert, um – das schleckt keine Geiss weg – «Urban Kapo» zu verhindern. Das ist grundsätzlich ein untaugliches Instrument, ein untaugliches Mittel um etwas zu verhindern, das vor Jahren politisch entschieden wurde. Ob die Gemeinden eine Sicherheitsverantwortung mitzutragen haben oder nicht, ist eine staatsbürgerliche Frage, die ich persönlich ganz klar mit einem Ja beantworte. Es kann ja nicht sein, dass die Gemeinden aus der Sicherheitsverantwortung entlassen werden, dass, wenn die Stadt Zürich zum Beispiel ein Problem mit einem Drogenplatz hat, wenn die Winterthurer mit ihren Schmierereien an den Wänden Probleme haben, sie dann zum Kanton kommen und fragen müssen, ob wir jetzt bereit seien, Polizeieinsätze dafür zu Verfügung zu stellen. Sie gehen einem Wunschziel oder einer Vision nach, wenn Sie Andreas Türler glauben, der behauptet, dass in dieser neuen Struktur nun die Mitbestimmung der Gemeinden gewährleistet bleibt, wenn wir ein kantonales Korps machen. Das ist wohl eine nette Aussage, ich würde fast sagen eine Platitüde. Es kann nicht sein, dass mehrere etwas zu sagen haben zur gleichen Zeit. Sie werden auch keine «Gemeinde-Holding» machen; eine Holding, in der alle Gemeinden mit der Direktorin der Abteilung oder der Direktion zusammenhocken und wo dann abgestimmt wird, wer jetzt wo welche Kapazitäten zur Verfügung haben könnte und möchte und bezahlen will. Das wird nicht funktionieren. Wer Ja sagt zu dieser Volksinitiative, sagt klar «wir entlassen die Gemeinde aus der Sicherheitsfrage». Wenn Sie das tun, das sage ich Ihnen jetzt schon, wird sehr schnell über andere Institutionen wieder ein Weg gesucht, damit die Gemeinden trotzdem etwas in diesem Bereich hier zu tun haben.

«Urban Kapo» sei nicht zeitgemäss, habe sich nicht bewährt, wurde immer wieder gesagt. Ich weiss nicht, woher Sie das nehmen. Wenn ich mich bei meinen Polizisten umsehe, dann hatten diese tatsächlich

am Anfang Vorbehalte. Aber diese Vorbehalte haben sich sehr schnell gelegt. Man ist mit der neuen Struktur zufrieden. Es hat sich einge-
spielt, auch die Zusammenarbeit mit den Gemeindepolizeien. Dass an
verschiedenen Schnittstellen tatsächlich noch Verbesserungen nötig
sind und auch realisiert werden, ist etwas, das selbstverständlich vor-
genommen werden kann. In dem Sinne sind wir auch der Meinung,
dass Synergien weiter genutzt werden können, aber machen Sie das in
den bestehenden Strukturen! In dem Sinne bitte ich Sie auch, die Ini-
tiative abzulehnen.

Regierungsrätin Rita Fuhrer: Der Regierungsrat hat in seinem vorlie-
genden Antrag die Volksinitiative «Für eine einheitliche Polizei im
Kanton Zürich» einer Beurteilung unterzogen und seine Haltung auch
dargelegt. Ich kann mich darauf beschränken, hier einige wenige
Punkte nochmals hervorzuheben. Und dazu gehört übrigens auch,
dass Sie so wenig wie der Regierungsrat abschliessend entscheiden
können, sondern dass dieser Entscheid beim Volk liegt.

Es muss hier halt nochmals gesagt werden, dass eine neue kriminalpo-
lizeiliche Aufgabenteilung zwischen Kantonspolizei und Stadtpolizei
Zürich verhindert werden wollte. Eine wenig überraschende Tatsache
übrigens, denn bereits im Beleuchtenden Bericht des Regierungsrates
zur Lastenausgleichsabstimmung vom 7. Februar 1999 finden wir den
Satz «Eine weitere Entlastung wird durch eine neue Aufgabenteilung
zwischen Kantons- und Stadtpolizei angestrebt, in erster Linie durch
die Übernahme der städtischen Kriminalpolizei und der Seepolizei
durch den Kanton.»

Soweit die Initiative das Ziel verfolgt, eine neue Aufgabenteilung zu
verhindern, oder die bestehende Regelung durch Grundsatzdiskussio-
nen möglichst lange beizubehalten, hat sie sicher ihr Ziel verfehlt.
Und es ist nicht auszuschliessen, dass die einen oder anderen der Ini-
tianten heute mit einer Initiative dastehen, über die sie selbst nicht
mehr so glücklich sind – einer Initiative nämlich, die zumindest für
Bürgerinnen und Bürger, denen eine effiziente Polizei, wie man so
sagt, lieber ist als die traditionelle Gemeindeautonomie – und damit
sehr wohl attraktiv sein kann; eine Initiative auch, die – der Regie-
rungsrat hat das sehr klar zum Ausdruck gebracht – sehr wohl umge-
setzt werden könnte. Das ist auch der Grund, weshalb der Einsatz für
die Ablehnung der Initiative von den Gemeinden ausgehen muss und
nicht vom Regierungsrat ausgehen wird.

Die Initiative ist in der Form der allgemeinen Anregung gehalten und lässt damit naturgemäss die Frage der konkreten Umsetzung offen. Eine Annahme würde somit unmittelbar überhaupt nichts bewirken, aber die Marschrichtung für die Polizeientwicklung und Gesetzgebung im Kanton Zürich wäre natürlich vorgegeben. Und deshalb legt der Regierungsrat Wert darauf, dass den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern klar ist, wie diese Marschrichtung bei Annahme der Initiative aussehen würde. Und dabei müssen sich die Initianten beim Wortlaut ihrer Initiative und bei ihrer Begründung halt sehr wohl behafteten lassen. Sie fordern eine Polizei, die für den ganzen Kanton und alle Gemeinden alle polizeilichen Aufgaben wahrnimmt. Und sie weisen in der Begründung auf die Vorteile hin, die eine einzige Polizei hat.

Eine einzige Polizei bedeutet nun einmal nichts anderes, als dass das heutige Nebeneinander von Kanton- und Stadt- oder Gemeindepolizeien aufgegeben wird, und dass es nur noch eine Polizei gibt – und das kann realistischweise doch nur die Kantonspolizei sein. Ein einziges Polizeikorps, das alle polizeilichen Aufgaben unseres Kantons erfüllt, das liesse sich organisatorisch ohne weiteres realisieren und eigentlich ist es ein Vertrauensbeweis für den Kanton, dass diese Idee propagiert wird. Ich danke Susanne Rihs für ihr Votum, in dem sie der Kantonspolizei ein gutes Zeugnis ausstellt aus Sicht einer Gemeinde, die keine eigene Polizei hat und nur mit der Kantonspolizei zusammenarbeitet. Übersehen wir aber nicht, was die Einheitspolizei für die Gemeinden dann wirklich heisst. Zwar hat schon heute die Mehrzahl der Gemeinden keine eigene Gemeindepolizei. Sie sind schon heute vollumfänglich auf die Kantonspolizei angewiesen. Und selbstverständlich berücksichtigt diese deren Anliegen. Das neue Regionenmodell verfolgte unter anderem ja gerade das Ziel, den Kontakt zu den einzelnen Gemeinden zu intensivieren und zu verbessern. Nicht irgendein Beamter im Kaspar-Escher-Haus ist also Ansprechpartner, sondern den Gemeindebehörden durchaus bekannte Dienstchefs oder der Regionenchef selbst im Ort oder in der Region.

Und doch hätten die Gemeinden nur indirekten Einfluss. Die Kantonspolizei wäre völlig unführbar, würden die einzelnen Gemeinden direkt über deren Einsatz bestimmen. Deshalb stellt sich eben die Frage, ob die Bevölkerung den Status der Gemeinden ohne eigene kommunale Polizeien auch für jene Gemeinden will, die heute eigene Stadt- und Gemeindepolizeien haben. Es hat sich als Regel herausge-

bildet, dass Gemeinden mit mehr als 10'000 Einwohnerinnen und Einwohnern über eine eigene Gemeindepolizei verfügen. Wenn die Initianten die Volksinitiative «Für eine einheitliche Polizei im Kanton Zürich» verlangen, dass die Interessen der Gemeinden zu gewährleisten sind, so ist dies selbstverständlich. Eine gewisse Erfahrung machen wir nun ja auch mit den neuen Vereinbarungen mit einigen Gemeinden.

Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass für die Städte und Gemeinden, die heute eigene Stadt- und Gemeindepolizeien haben, die eigenen polizeilichen Möglichkeiten bei Schaffung einer Einheitspolizei abnehmen werden. Deshalb geht es bei der Initiative nicht etwa vorwiegend um eine polizeitaktische, sondern eben in erster Linie um eine politische Frage. Der Regierungsrat stützt eine ablehnende Haltung gegenüber der Initiative darauf, dass er daran zweifelt, dass die grossen Städte und Gemeinden auf ihre heutigen eigenen Polizeien verzichten wollen. Deshalb ist es gut, wenn das Volk in dieser Frage das letzte Wort hat. Es geht doch eigentlich nur um die Frage, ob die Bevölkerung für die Polizeiaufgaben weiterhin eine Vielzahl von Einfamilienhäusern – kleineren oder grösseren – unterhalten will, die alle eine eigene Infrastruktur haben, dafür aber jeder um sein eigenes Haus herum gehen kann, oder ob wir in ein Mehrfamilienhaus ziehen, bei dem vieles gemeinsam organisiert und bewältigt wird, bei dem aber auch alle Bewohner bereit sind, einen Teil ihrer Autonomie zu Gunsten der Gemeinschaft abzugeben.

Wie im Antrag des Regierungsrates ausgeführt, ist davon auszugehen, dass die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Polizeikörpern intensiviert werden muss, dass noch stärkere Vereinheitlichungen folgen müssen. Das gilt interkantonal, ja wohl auch international und das gilt selbstverständlich auch innerhalb des Kantons. Das verlangt Partnerschaft. Das Wort Sicherheitspartnerschaft von heute Morgen im «Tages Anzeiger» gefällt mir. Sicherheitspartnerschaft mit der Bevölkerung, Sicherheitspartnerschaft mit den Gemeinden, Sicherheitspartnerschaft mit den anderen Kantonen – Polizei 21 als Stichwort – und Sicherheitspartnerschaft mit dem Bund, der neu die organisierte Kriminalität bekämpfen wird; vor allem aber auch Sicherheitspartnerschaft zwischen Kanton und Stadt Zürich.

Wir sind nicht beteiligt an der Neuorganisation der Stadtpolizei, Lorenz Habicher, nicht einbezogen und auch nicht orientiert über deren Ausrichtung. Wir haben aber selbstverständlich gewusst, dass die

Stadtpolizei an Organisationsfragen arbeiten muss, denn sie wird ja die kriminalpolizeilichen Aufgaben definitiv abgeben und muss damit eine neue Organisation finden. Ein noch immer grosses Problem wird meiner Meinung nach aber gelöst, wenn die Stadtpolizei in Zukunft sehr konsequent nur noch das macht, was bei der Kantonspolizei die Stationierten der Regionen, der Regionalpolizei also, machen – ohne Kleinkrieg über einzelne Kriminalfälle, ohne gegenseitige Schuldzuweisungen, sondern in partnerschaftlicher Zusammenarbeit nach dem Prinzip «Grundversorgung dezentral, Spezialisierungen zentral».

Die Neuorganisation einer Institution für Sicherheit darf selbstverständlich keine Verunsicherung bewirken, nicht bei den Mitgliedern der Institution selbst und schon gar nicht bei der Bevölkerung. Bei der Kantonspolizei sind grosse organisatorische Neuausrichtungen in den letzten sechs Jahren eingeführt worden. Das Wichtigste für die Bevölkerung ist wohl das Regionenmodell mit der Zusammenführung von Bezirks- und Verkehrspolizei zu Gunsten von mehr Nähe zum Bürger und vor allem auch für nähere Zusammenarbeit mit den Gemeinden und deren Behörde. Wir haben es getan ohne grosse Ankündigungen, ohne politisches Kalkül und damit auch ohne Verunsicherung für die Bevölkerung und die Institution selbst, aber Schritt für Schritt konsequent umgesetzt. Es geht nicht darum, ein Denkmal durch ein neues Denkmal zu ersetzen. Wir bauen keine Polizei «Zweitausendundirgendetwas», sondern entwickeln das Polizeikorps laufend, lebendig und entsprechend den Bedürfnissen der Gesellschaft. Das wäre auch der pragmatische Weg des Regierungsrates, wenn die Einheitspolizei von der Bevölkerung gutgeheissen würde.

Aber auch ohne Annahme der Initiative kann die Zusammenarbeit zwischen Kantons-, Stadt- und Gemeindepolizeien sehr wohl schrittweise noch weiter verbessert und intensiviert werden, ohne sie direkt zu einer Einheitspolizei zu verschmelzen. Das Polizeiorganisationsgesetz, dessen Weiterbearbeitung wir bewusst sistiert haben, bis mit der Abstimmung über die grundsätzliche Marschrichtung entschieden ist, wird die Voraussetzung für eine weiterhin gute Zusammenarbeit schaffen und künftige Entwicklungen zu noch mehr Zusammenarbeit offen lassen.

Daniel Vischer (Grüne, Zürich): Ich bin etwas erstaunt über dieses Votum. Ich habe nicht gewusst, dass die Initiative – und deswegen bin ich ihr gegenüber heute skeptischer eingestellt als am Anfang –

ein verstecktes U-Boot von Regierungsrätin Rita Fuhrer ist. Heute hat ja die Polizeidirektorin so geredet, als wäre sie eigentlich für die Initiative und ich bin nicht so sicher, dass Initiantinnen und Initianten eigentlich der Meinung waren «wir machen eine Initiative, die gewissermassen die Allmacht der Polizeidirektorin noch mehr stärkt».

Rita Fuhrer, Ihr Votum wird auch nicht besser, wenn jedes dritte Wort «partnerschaftlich» heisst. «Partnerschaftlich» ist, so lange nicht konkret entschieden ist, wer wo die Macht hat, leeres Geschwätz. Natürlich sind wir alle für eine partnerschaftliche Weltpolizei, aber dummerweise gibt es sie nicht und es wird sie auch morgen nicht geben. Es wird auch keine Bundessicherheitspolizei (Busipo) geben, auch wenn Sie noch so viele Partnerschaften knüpfen. Sie tun so, als würden Sie die heutigen Strukturen belassen und hoffen auf ein Ja vom Volk, um dann durchziehen zu können. Das heisst, Sie reden von Regionalisierung, aber ohne Macht für die Regionen. So geht es nicht!

Ratspräsident Martin Bornhauser: Ordnungshalber stelle ich fest, dass kein Rückweisungsantrag gestellt wurde, wir kommen daher jetzt zur Detailberatung. Ich schlage abschnittsweise Beratung vor. Sie sind damit einverstanden.

Detailberatung

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I.

Minderheitsantrag Regula Thalmann, Susanne Rihs, Marco Ruggli, Beat Walti und Helga Zopfi

I. Die Volksinitiative «Für eine einheitliche Polizei im Kanton Zürich» wird den Stimmberechtigten zur Annahme empfohlen.

Regula Thalmann-Meyer (FDP, Uster): Einerseits ist es für mich gut, dass ich nach dieser ausgedehnten Diskussion im Rat den Minderheitsantrag stellen und auf einige kleine Punkte fokussieren kann ohne allzu weit ausholen zu müssen. Ich stelle Ihnen den Antrag, es sei

die Volksinitiative «Für eine einheitliche Polizei im Kanton Zürich» den Stimmberechtigten zur Annahme zu empfehlen.

Die am 25. September 2000 eingereichte Volksinitiative ist – und das möchte ich ausdrücklich nochmals betonen – in der Form einer einfachen Anregung gehalten. Sie verlangt «Es ist im Kanton Zürich eine einheitliche Polizei für den ganzen Kanton und alle Gemeinden zu schaffen, welche alle polizeilichen Aufgaben» – jetzt kommt der Klammersatz, den Bernhard Egg moniert hat – «(Kriminalpolizei, Sicherheitspolizei, Verkehrspolizei und übrige Dienste) wahrnimmt.»; dann der wichtige Satz: «Die Interessen und die Mitsprachemöglichkeiten der Gemeinden sind zu gewährleisten.»

Eine einheitliche Polizei wird hier verlangt – weder eine Einheitspolizei noch eine einzige Polizei. Während die Volksinitiative mit Bezug auf die Vereinheitlichung der Aus- und Weiterbildung und der Infrastruktur weit gehend Zustimmung findet, haben die in der Weisung des Regierungsrates gemachten Aussagen zur Organisation der einheitlichen Polizei heftige Diskussionen ausgelöst und die Städte und grösseren Gemeinden mit eigenen Polizeien auf den Plan gebracht. Auf der Seite 5 der Weisung ist zu lesen – Regierungsrätin Rita Fuhrer hat es auch schon zitiert – «Die in der Form der allgemeinen Anregung gehaltene Initiative lässt die Frage der konkreten Umsetzung naturgemäss offen. Klar ist indessen, dass ihr Anliegen nur umgesetzt werden kann, wenn die heutigen Stadt- und Gemeindepolizeien nicht als selbstständige Organe bestehen bleiben, sondern in einer gemeinsamen Polizei aufgehen.»

Auch Peter Reinhard hat sich so geäussert. Realistischerweise könne dies nur die Kantonspolizei sein. Dass mit der Forderung der Initiative Strukturen zusammengeführt werden und eine einheitliches und modernes Polizeikorps entstehen soll, geht klar aus dem Initiativtext hervor. Dieses aber nun Kapo zu nennen, wäre falsch und würde dem neuen Gebilde nicht gerecht. Vielmehr müsste in Anlehnung an die Kantone Schaffhausen und Zug von der Zürcher Polizei die Rede sein. Wenn Sie jetzt sagen, dies sei ein Detail in der ganzen Frage, dann gebe ich Ihnen vollkommen Recht; allerdings ist es aus psychologischen Gründen und für die Akzeptanz ein nicht unerhebliches. Zur Illustration ein Beispiel: Auf meine Frage, worauf die Meinung basiere, dass in der Stadt Winterthur kein Polizeikorps mehr stationiert sein könne, bekam ich zur Antwort «Die Tatsache, dass es nur noch eine Kapo geben wird, genügt mir zu dieser Annahme.» Das ist

genau eine der Aussagen, welche die Gemeinden mit eigenen Polizeien aufgerüttelt hat. Diese fürchten – und das wurde heute schon mehrmals angesprochen – dass mit dieser Art der Zusammenführung hierarchische Strukturen zementiert und sie zu Bittstellern beim Kanton würden, und dass sie dadurch die Bedürfnisse der Gemeinden in Bezug auf Sicherheit und Prävention nicht mehr abdecken könnten. Ich komme darauf nochmals zurück.

In der Kommission wurde weiter die Befürchtung laut, die Initiative vor dem Hintergrund der regierungsrätlichen Weisung und der Diskussionen in der KJS bedeute die Aushebelung von Paragraph 74 des Gemeindegesetzes. Dazu ist nochmals zu sagen, dass der Initiativtext verlangt, die Interessen und Mitsprachemöglichkeiten der Gemeinden seien zu gewährleisten. In der Diskussion schälte sich dann heraus, dass klar noch kein Organisationsmodell für eine einheitliche Polizei besteht und dass man sich vorstellen kann, dass die Stadt Zürich über ein selbstständiges Korps verfügt, aber auch andere Modelle denkbar sind. Was für die Stadt Zürich gelten kann, kann auch für Winterthur und weitere bestehende Gemeindepolizeien gelten.

Im Weiteren ist es nicht stichhaltig, dass die kommunalen Polizeien effektiv abgeschafft werden müssten. In der Kapo gibt es heute schon verschiedene Gruppierungen, die ihren Auftrag weit gehend autonom erfüllen, wie zum Beispiel die Wissenschaftlichen Dienste und die Seepolizei.

«Es ist eine triste Epoche, in der es leichter ist, ein Atom zu zertrümmern, als ein Vorurteil», hat Albert Einstein einmal gesagt. Leicht abgewandelt möchte ich dies auf die Weisung des Regierungsrates anwenden. Mit seiner engen Auslegung und mit dem Fokussieren auf die in der Begründung erwähnten einzigen Polizei, hat der Regierungsrat der Diskussion um die einheitliche Polizei einen sehr engen Rahmen gesetzt. Wir haben das ja auch in der Eintretensdebatte von verschiedenen Votanten gehört. Er hat den Spielraum, den ihm die Initiative als allgemeine Anregung lässt, nicht genutzt.

Peter Reinhard hat heute auch schon Andreas Türler zitiert. Es war auch für das Initiativkomitee klar, dass die Stadtpolizeien Zürich und Winterthur dabei ohne grosse Reorganisation in das einheitliche Polizeikorps überführt würden und dabei weiterhin für die Stadt Zürich beziehungsweise Winterthur in der regional organisierten Einheitspolizei zuständig wären.

Weiter hat das Initiativkomitee auch verlauten lassen, dass den Gemeinden eine Einsatzkompetenz eingeräumt werden müsse, damit sie auch weiterhin selbstständig auf ihre Bedürfnisse und konkreten Sicherheitsprobleme reagieren könnten.

Zudem – das haben wir heute auch von Regierungsrätin Rita Fuhrer gehört – ist noch beizufügen, dass die Initiative keinen abrupten Wechsel verlangt. Gegen ein schrittweises Vorgehen ist überhaupt nichts einzuwenden. Das muss auch sein. Dass die Umstellung einige Zeit dauert, hat auch das Hearing mit der Schaffhauser Polizei ergeben.

Die FDP-Kommissionsmitglieder wie auch die FDP-Fraktion wehren sich gegen diese enge Auslegung in der Weisung. Wir haben uns immer wieder für effiziente und möglichst schlanke Polizeistrukturen stark gemacht. Wir setzen uns ein für eine einheitliche Polizei unter der Wahrung der Gemeindeautonomie und stimmen deshalb Ja zur Initiative. Wir bitten Sie das Gleiche zu tun. Weil ich nach einer langen Reihe von Votanten vielleicht als Letzte zum Sprechen gekommen bin, werden meine Worte auch von einigen Kantonsrätinnen und Kantonsräten gehört.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Regula Thalmann ist nun der vorbereiteten Rede verfallen, dem grossen Unglück, dass sie nochmals alles aufgeführt hat, was heute Morgen gesprochen wurde.

Zum Namen der neuen Organisation hätte ich natürlich auch noch ein paar gute Vorschläge zu machen. In Anlehnung an die Sendung von SF DRS wäre das «ZEN – Zuhören, Entspannen, Nachdenken» für die Zürcher Einheitspolizei «ZEP» für «Zuhören, Entspannen, Politisieren».

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag Regula Thalmann mit 113 : 40 Stimmen ab.

II. und III.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 113 : 40 Stimmen, der Vorlage 3850a gemäss Antrag von Regierungsrat und Mehrheit der KJS zuzustimmen:

Beschluss des Kantonsrates über die Volksinitiative «Für eine einheitliche Polizei im Kanton Zürich»

(vom 27. August 2001)

Der Kantonsrat,

nach Einsicht in den Antrag des Regierungsrates vom 11. April 2001 und der Kommission vom 3. Juli 2001

beschliesst:

- I. Die Volksinitiative «Für eine einheitliche Polizei im Kanton Zürich» wird den Stimmberechtigten zur Ablehnung empfohlen.
- ~~II.~~ Die Volksinitiative untersteht der Volksabstimmung.
- III. Mitteilung an den Regierungsrat.

Ratspräsident Martin Bornhauser: Ich beantrage Ihnen, die Abfassung des Beleuchtenden Berichts dem Regierungsrat zu übertragen. Sie sind damit einverstanden.

Das Geschäft ist erledigt.

Erklärung der Grünen Fraktion

Toni W. Püntener (Grüne, Zürich): Hier nun eine Fraktionserklärung der Grünen zu einem etwas anderen Sicherheitsthema rund um die Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen.

Belgische Wissenschaftler haben in gentechnisch veränderter Soja unbekanntes Erbgut gefunden, das mit keiner bekannten Erbsubstanz von Pflanzen übereinstimmt. Die Wirkung dieser unkontrollierten Veränderung der Soja-Erbsubstanz auf Mensch und Umwelt ist nicht

bekannt. Es ist nicht auszuschliessen, dass derartig veränderte Soja Allergien auslösen kann oder sogar zu Gift wird. Soja ist in vielen Nahrungsmitteln enthalten. Das Bundesamt für Gesundheit kommt zum Schluss, dass in rund einem Drittel der Produkte mit Soja bereits gentechnisch veränderte Organismen enthalten sind. Nur, diese Produkte sind nicht irgendwelche Handelswaren, sondern es sind Nahrungsmittel, Lebensmittel, die wir Menschen zum Leben brauchen. Wirtschaft und Behörden, die es zulassen, dass Menschen Lebensmittel vorgesetzt bekommen, in denen gentechnisch veränderte Organismen mit unbekanntem Auswirkungen enthalten sein können, handeln unverantwortlich und gefährden das Leben der gegenwärtigen und zukünftigen Generationen. Die Grünen stellen fest, dass die Gentechnologie entgegen allen schönfärberischen PR-Aussagen nicht kontrollierbar ist und daher ein unabwägbares Risiko für Mensch und Umwelt darstellt. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Auch der Kanton Zürich ist gefordert. Zurzeit hat die kantonale Koordinationsstelle für Störfallvorsorge Stellung zu nehmen zu einem Gesuch der ETH für einen Freisetzungsversuch von gentechnisch verändertem Weizen in Lindau. Selbst die wenig einschränkende Gen-Lex-Vorlage, die gegenwärtig von Stände- und Nationalrat behandelt wird, würde eine Freisetzung eines derart veränderten Weizens nicht erlauben. Weizen ist ähnlich wie Soja in sehr vielen Lebensmitteln enthalten. Weizen ist unser tägliches Brot. Bei Weizen dürfen keinerlei Risiken eingegangen werden. Die Grünen erwarten von der Baudirektorin als politische Verantwortliche für die Beurteilung des Freisetzungsversuchs eine ablehnende Stellungnahme zuhanden der Bewilligungsbehörden des Bundes.

9. Nord-Variante der Oberlandstrasse (Reduzierte Debatte)

Einzelinitiative Peter Meier, Grüt, und Mitunterzeichnende vom 8. März 2001

KR-Nr. 111/2001

Die Initiative hat folgenden Wortlaut:

Der Kantonsrat wird ersucht, einen referendumsfähigen Kreditbeschluss für den Bau einer bevölkerungs- und landschaftsschonenden

Nord-Variante der Oberlandstrasse (Oberuster–Betzholz, Umfahrung Wetzikon) zu fassen.

Zwischen dem Anschluss «Wetzikon-West» und der «Kunsteisbahn/Stadion Wetzikon» verläuft die Strasse in einem Tunnel. Von hier aus bis zum «Betzholz-Kreisel» verläuft sie möglichst entlang der bestehenden Verkehrsachse Wetzikon–Hinwil. Ab Industriegebiet Hinwil (Bereich FERAG) wird sie unterirdisch bis in die Zubringerstrasse zum Betzholz-Kreisel geführt. Im Bereich «Kunsteisbahn/Stadion Wetzikon» und/oder Industriezone Hinwil ist ein Raum sparender Anschluss an das Lokalstrassennetz zu erstellen.

Für eine schnellere Realisierung sollte die Oberlandstrasse auch in Etappen verwirklicht werden können. In erster Priorität ist Unterwetzikon zu entlasten.

Begründung:

Die vom Kanton projektierte, veraltete Variante «Mitte+» der Oberlandstrasse zwischen Oberuster und Betzholz ist in folgenden Punkten weder bevölkerungs- noch landschaftsschonend:

a) Aufgrund der geplanten Linienführung muss im Bereich des Anschlusses «Wetzikon Ost» davon ausgegangen werden, dass dies für die Quartiere Allenberg, Schöneich, Morgen und für einen Teil des Dorfes Grüt massive Lärm- und Abgasimmissionen zur Folge haben wird. Die heute noch sehr hohe und naturverbundene Wohn- und Lebensqualität wird dadurch für diese Region erheblich beeinträchtigt.

b) Die Auswirkungen der unterirdischen Durchquerung des Schutzgebietes entlang des Ambitzgrietes (Gebiet Allenberg, Bönler, Alt Hellberg) auf die komplizierte Hydrologie dieses einmaligen Moores sind schwer zu prognostizieren, ebenso die Auswirkungen auf die hochspezialisierte Tier- und Pflanzenwelt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass das Schutzgebiet durch die baulichen Massnahmen zumindest ernsthaft gefährdet oder gar zerstört wird.

Dies steht im krassen Gegensatz zu den Bemühungen zum Schutze des Gebietes:

- Die Drumlinlandschaft ist seit 1977 im «Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung» aufgeführt (Objekt Nr. 1401).

- Die meisten Riedwiesen sind als Schutzobjekte im «Inventar der Flachmoore von nationaler Bedeutung» aufgeführt.
- Die Hochmoore Ambitzgi-/Bönlerriet, Oberhöflerriet und Hinwiler Riet wurden in das Inventar der «Hoch- und Übergangsmoore von nationaler Bedeutung» aufgenommen.
- Der grösste Teil des Gebietes ist Bestandteil der national geschützten Moorlandschaft Nr. 106, Wetzikon-Hinwil.

c) Das sehr beliebte Naherholungsgebiet wird durch die zu erwartenden Immissionen aus dem Bereich Anschluss Wetzikon-Ost sowie der beim Hellberg vorgesehenen Brücke über die SBB-Linie sehr stark und für immer gestört. Zudem wird der Zugang ab Wetzikon-Schöneich wegen des neu zu erstellenden Zubringers zum Anschluss Wetzikon-Ost erschwert.

Zudem hat sich seit der Planung des offiziellen Projektes Oberlandstrasse die Siedlungsentwicklung wesentlich geändert und damit auch die Verkehrsströme. Die Ansiedlung von Industrie und Einkaufszentren in Hinwil wird auch künftig starken Verkehr in dieses Gebiet leiten.

Es ist uns ein Anliegen, dass die Streckenführung der Oberlandstrasse so gewählt wird, dass die kleinstmögliche Belastung für die Wohnbevölkerung entsteht sowie das Naturschutz- und Naherholungsgebiet Ambitzgirit im intakten Zustand erhalten werden kann. Nach unserer Ansicht wird mit der heute angestrebten Linienführung diesem Anliegen zu wenig Beachtung geschenkt. Weshalb wir nach eingehender Prüfung der örtlichen Gegebenheiten die Nord-Variante vorschlagen.

Für die beantragte bevölkerungs- und umweltschonendere Nord-Variante sprechen folgende Gründe:

a) Im Gegensatz zur kantonalen Variante «Mitte+» wird weder das Naturschutz- und Naherholungsgebiet noch bis anhin vom Durchgangsverkehr verschontes Wohngebiet betroffen.

b) Es sind neu ein bis zwei Vollanschlüsse (Wetzikon Ost und eventuell Hinwil Industrie) möglich. Das Strassennetz in der Region kann dadurch gezielt entlastet werden.

c) Der Bau des Zubringers Rapperswilerstrasse bis Anschluss Wetzikon-Ost entfällt.

d) Da der Anschluss Wetzikon-Ost ausserhalb des bewohnten Gebietes liegt, stellt diese Variante die kleinstmögliche Belastung für die Wohnbevölkerung dar.

e) Das Industriegebiet und Einkaufszentrum Hinwil kann optimal erschlossen werden.

f) Durch die unterirdische Führung der Oberlandstrasse im Bereich AMP-Hinwil wird die Bühlerkreuzung in Hinwil vom Durchgangsverkehr entlastet.

g) Die Baukosten fallen wegen der einfacheren Linienführung möglicherweise tiefer aus.

h) Die Realisierung sollte schneller möglich sein, da weniger Konfliktpunkte bestehen.

Die Nord-Variante könnte im Gegensatz zur offiziellen Variante «Mitte+» etappiert werden. In einer ersten Etappe wäre Unterwetzikon vom Verkehr zu entlasten. Weiter wäre auch noch abzuklären, ob die neue Strasse von Anfang an vierspurig erstellt werden muss oder ob in einer ersten Etappe nicht eine zweispurige Strasse den Ansprüchen des Verkehrs genügen würde.

Wir sind überzeugt, dass eine solche bevölkerungs- und umweltschonendere Linienführung ganzheitlich betrachtet die bessere Lösung darstellt, auch wenn sie heute im kantonalen Richtplan so nicht vermerkt ist. Aufgrund der positiven Echos auf diese Linienführung aus den unterschiedlichsten Bevölkerungs-, Politiker-, Partei-, Naturschutz- und Planerkreisen ist auch davon auszugehen, dass sie eher mit einer breiteren Abstützung rechnen kann und so die anscheinend notwendige Lückenschliessung der Oberlandstrasse schneller realisiert werden kann.

Wir bitten Sie höflich, diese Einzelinitiative zu einer bevölkerungs- und umweltschonenderen Linienführung der Oberlandstrasse zu prüfen und zu unterstützen.

Ratspräsident Martin Bornhauser: Ich habe Ihnen am letzten Montag mitgeteilt, dass Daniel Vischer den Antrag eingebracht hat, die vorliegende Einzelinitiative in freier Debatte zu beraten. Ich habe Ihnen auch angekündigt, dass wir heute feststellen, ob dieser Antrag die Unterstützung von 45 Ratsmitgliedern findet. Der Antrag wird im schriftlichen Verfahren, also ohne Diskussion, behandelt.

Abstimmung

Der Antrag auf freie Debatte wird von 34 Ratsmitgliedern unterstützt. Damit ist das Quorum von 45 Stimmen nicht erreicht. Der Kantonsrat diskutiert in reduzierter Debatte.

Barbara Marty Kälin (SP, Gossau): Der Titel der vorliegenden Einzelinitiative sagt eigentlich alles. Es geht darum, die geplante Oberlandautobahn in eine menschen-, landschafts- und umweltverträgliche Richtung zu lenken. Ich will Sie nicht mit der ganzen langen Geschichte dieses Strassenzuges belasten; Sie haben praktisch alle Argumente hier drin bereits einmal gehört. Und diejenigen, welche in grauer Vorzeit noch nicht Mitglied dieses Rates waren, können es in zahlreichen Ratsprotokollen nachlesen.

Sie wissen, das Projekt, das heute geplant ist, ist im Verkehrsrichtplan festgelegt. Sie wissen ebenfalls, dass der Verkehrsrichtplan einer Revision unterzogen werden soll und dass dieser Revision ein Gesamtverkehrskonzept zu Grunde liegen muss, mit welchem sich zurzeit das Amt für Verkehr beschäftigt. Sie wissen vermutlich auch, dass im aktuellen Verkehrsrichtplan neben der Umfahrung Wetzikon noch 38 weitere Umfahrungen festgelegt sind, die alle ebenfalls ihren Teil der spärlichen Strassengelder beanspruchen werden. Sie kennen den Begriff der rollenden Planung und Ihnen ist Paragraph 9, Absatz 2, PBG, bekannt, der besagt, dass Richtpläne geändert werden müssen, wenn sich die Verhältnisse geändert haben. Das ist hier der Fall.

Die Verhältnisse haben sich grundlegend geändert und zwar in zwei entscheidenden Bereichen. Erstens wurde das Gebiet rund um den geplanten Anschluss Wetzikon-Schöneich mit neuen Wohnbauten intensiv überbaut und zweitens ist zwischen Wetzikon und Hinwil ein Einkaufsgebiet entstanden mit Grosszentren, Tankstellen, Gartenzentren und Do-it-yourself-Läden, Läden also, zu denen eine Bus-Erschliessung zwar rührend, aber ziemlich wirkungslos ist, weil niemand sein Gartencheminee, seine Zementsäcke und seine Gartenzwerge im Bus nach Hause nehmen will – und schon gar nicht mit dem öffentlichen Verkehr ins Erotik-Center fährt. Also geht man mit dem Auto – von ziemlich weit her.

Der Regierungsrat legt in seinem Umweltbericht Zahlen vor. Ein Einkaufszentrum mit 750 Parkplätzen, Hinwil, verursacht eine zusätzliche Stickstoffoxid-Fracht von jährlich 22 Tonnen und ist für 33 Millionen zusätzliche Autokilometer verantwortlich. Dieser Verkehr bleibt auf dem regionalen Strassennetz und er wird sich auch nach dem Bau dieser Autobahn grösstenteils durch die Dörfer bewegen, weil ein Anschluss ans Industriegebiet fehlt. Die neuen Wohngebiete zwischen Wetzikon und Grüt haben freie Sicht auf den Autobahnanschluss und zu guter Letzt wird das grosse Naturschutz- und Naherholungsgebiet zwischen Wetzikon und Hinwil schwer beeinträchtigt oder zerstört; das alles mit einem kantonalen Strassenprojekt, das mittlerweile eine Milliarde Franken kostet, jährliche Folgekosten von 1,5 Millionen Franken nach sich zieht – die Kapitalfolgekosten nicht eingerechnet – und das vor allem die in den letzten Jahren erfolgte Veränderung der raumplanerischen Rahmenbedingung schlicht ignoriert. Die Einzelinitiative Peter Meier basiert auf diesen Veränderungen. Sie schont das Naturschutzgebiet, sie verschont Naherholungs- und Wohngebiete vor Lärm, Gestank und zusätzlicher Verkehrsbelastung und sie erschliesst das Einkaufseldorado Hinwil mit einem eigenen Anschluss. Sie gibt damit die wohl letzte Möglichkeit, eine gigantische raumplanerische Fehlleistung noch zu stoppen zu Gunsten einer menschen-, umwelt- und landschaftsfreundlichen Nord-Variante.

Wir haben selbstverständlich hier schon oft über diese Vorlage gesprochen und ich möchte Sie vor allem bitten, jetzt endlich einmal einen Vergleich zwischen der Richtplan-Variante und einer klügeren, zeitgemässeren Variante zu ermöglichen. Kein privater Betrieb würde eine Milliarde Franken ausgeben – noch ohne dazu dieses Geld überhaupt zu besitzen –, ohne diesen enormen Kosten einen möglichen Nutzen gegenüberzustellen. Wenn Sie diese Einzelinitiative Peter Meier nicht vorläufig unterstützen, setzen Sie sich dem Verdacht aus, die sachgerechte Gegenüberstellung beider Varianten verhindern zu wollen, weil Sie genau wissen, dass das Milliarden teure Luxusmodell schlicht veraltet und in einer Volksabstimmung chancenlos ist.

Ich bitte Sie deshalb, namens der SP-Fraktion, die Einzelinitiative Peter Meier vorläufig zu unterstützen. Ich kann Ihnen versichern, die Bevölkerung und vor allem die einzigartige Landschaft des Zürcher Oberlandes werden Ihnen dankbar sein für Ihren weisen Entscheid.

Gustav Kessler (CVP, Dürnten): Das Projekt des Zusammenschlusses der Oberlandstrasse ist ja nicht erst zehn Tage alt. Es sind schon Jahre oder Jahrzehnte ins Land gezogen. Seit 1995 steht mit dem bildlichen und schriftlichen Eintrag im kantonalen Richtplan eine behördlich verbindliche Lösung fest, die es jetzt endlich umzusetzen gilt. Übrigens, es ist sogar eine Variante darin vorgesehen.

Dass der Initiant Peter Meier als Anwohner sein politisches Recht mit der Einreichung der Einzelinitiative wahrnimmt, ist nachvollziehbar und für mich auch verständlich. Dagegen ist grundsätzlich auch nichts einzuwenden. Die Frage ist nur, wie wir damit umgehen. Auf Grund des besagten Richtplan-Eintrages hat dieser Rat unsere Motion an den Regierungsrat überwiesen und ihm den Auftrag erteilt, ein Projekt auszuarbeiten. Dies hat er denn auch getan und die öffentliche Auflage ist bereits gemacht worden. Zurzeit werden die Einwendungen bearbeitet und bis Januar 2002 muss die Regierung dem Parlament die entsprechende Vorlage zukommen lassen. Jetzt diese Einzelinitiative zu unterstützen, bedeutet nichts anderes, als das Rad der Zeit zurückdrehen zu wollen. Mit Verhinderungstaktiken werden keine Probleme gelöst. Wir wollen, dass es endlich vorwärts geht und der Bevölkerung im Zürcher Oberland Erleichterung verschafft wird.

Wir, die CVP, und hoffentlich auch Sie, unterstützen die Einzelinitiative nicht. Wir wollen damit signalisieren, dass Parlament und Souverän endlich Gelegenheit bekommen sollen, ihre Meinung zur Verkehrssituation im Oberland kundzutun.

Peter Weber (Grüne, Wald): Werte wenige Anwesende, im Januar 1999 haben wir hier im Rat nach 17 Stellungnahmen die Motion Kurt Schellenberg überwiesen und damit den Regierungsauftrag für ein generelles Projekt ausgelöst. In keinem Votum wurde sicherheitshalber damals das Problem der extremen Kosten eingebracht. Heute nach zweieinhalb Jahren fokussiert die Diskussion seit der Präsentation des Projektes am 10. Mai 2001 in Wetzikon auf die errechneten generellen Kosten von 950 Millionen Franken für eine nur zehn Kilometer lange Teilstrecke. Alle wissen mittlerweile, dass durch das detaillierte Projekt mit Kostenvoranschlag eine Milliarde Franken Steuergelder generiert werden muss. Seit der öffentlichen Auflage der Projektunterlagen liegen zur Zeit nicht weniger als 140 Einwendungen und Stellungnahmen beim Tiefbauamt. Schon jetzt ist uns Parlamentarierinnen und Parlamentariern klar, ein Volks-Nein der Zürcherinnen

und Zürcher zu diesem regionalen Luxusprojekt ist programmiert. Ich denke, Sie alle sind doch Realisten und diesbezüglich meiner Meinung, oder etwa nicht?

Wir von der Grünen Fraktion unterstützen die Anliegen der Einzelinitiative, diese Variante Nord, aus folgenden Gründen:

Erstens wird besonders Wert auf die Erhaltung der noch vorhandenen Lebens- und Wohnqualitäten des Naherholungsraumes sowie des Naturschutzgebietes geachtet. In diesem Punkt zweifeln wir an der auffällig wohlwollenden Beurteilung des generellen Projektes durch Pro Natura Zürich.

Zweitens ist zu vermuten, dass die Nord-Variante auch um einiges günstiger, sprich ökologischer wäre, weil sie mit kürzeren Tunnelstrecken auskäme.

Drittens: Die Variante Nord könnte überdies einen Teil des Verkehrs aus dem stets wachsenden, ja wuchernden Einkaufsparadies an der Achse Wetzikon–Hinwil direkt aufnehmen.

Nun, da es sich bei der Oberlandstrasse um ein sehr wichtiges und endgültig prägendes Projekt handelt, verlangen wir eine sorgfältige Planung mit verantwortungsbewussterem Umgang mit der einzigartigen und wertvollen Flachmoor- und Drumlinlandschaft. Eine Denkpause für ein nochmaliges sachliches Abwägen mit anschliessender Wahl der besseren Variante ist aus den erwähnten drei Gründen absolut angebracht.

Wir bitten Sie, der Einzelinitiative zuzustimmen.

Werner Scherrer (EVP, Uster): Die EVP-Fraktion spricht sich mit deutlicher Mehrheit gegen die Einzelinitiative Peter Meier aus. So ganz neu ist die Variante der Initiative nicht. Bei der seinerzeitigen Varianten-Evaluation im Rahmen der Richtplanung gab es auch eine Linienführung nördlich des Ambitzgrietes. Sie wurde aber zu Gunsten der Variante «Mitte+» und einer weiteren Alternative sinnvollerweise fallengelassen. Klar ist aber, dass die vom Initianten vorgeschlagene Linienführung keine volle Alternative ist. Ob diese eine verkehrstechnisch nachhaltige Lösung darstellt, ist zu bezweifeln. Die Verkehrsbelastung der Oberlandachse ist nun einmal Tatsache und diese lässt sich nur durch eine voll taugliche Autobahn auffangen.

Doch noch ein paar Gedanken zu den Knacknüssen der Initiative. Die vorgeschlagene Untertunnelung in Unterwetzikon ist technisch mach-

bar, aber höchstwahrscheinlich teurer als der gleiche Abschnitt im Projekt der Baudirektion. Der Anschluss der Hauptverkehrsstrasse bei den Sportanlagen in Wetzikon ist nicht durchdacht und unter den vorgezeichneten Platzverhältnissen nur schwer lösbar. Wer die Örtlichkeiten zwischen Wetzikon und Hinwil kennt, wird mit mir einig sein, dass am Ort der derzeitigen Kantonsstrasse oder direkt daneben der Bau einer neuen Autobahn erhebliche Anpassungsarbeiten auslöst.

Dazu drei Punkte: Erstens besteht ein neu erstelltes Regenwasserretentionsgebiet auf der Nordostseite der Strasse. Dieses müsste entweder massiv umgestaltet, erneuert oder anderswo realisiert werden.

Zweitens: Die Verschiebung der Kläranlage Hinwil auf der Südwestseite wird ebenso notwendig sein, falls auf der, von Wetzikon aus gesehen, rechten Seite der jetzigen Strasse die Autobahn zu liegen käme. Das ist auch nicht ganz unproblematisch.

Drittens: Wie und wo dann die neue Ortsverbindung Wetzikon–Hinwil zukünftig geführt werden soll, beantwortet die Initiative auch nicht. Ich nehme nicht an, dass zum Beispiel die bestehende Strasse Wetzikon–Erlösen zur neuen Kantonsstrasse aufgewertet werden soll. Was schon für den Anschluss bei der Sportanlage Wetzikon erwähnt wurde, gilt auch für den Anschluss Industrie Hinwil. Es ist schlichtweg kein Platz vorhanden für einen Autobahnanschluss.

Der Gesamteindruck: Die Projektskizze weist eindeutig auf eine Vorlage für eine zweispurige Hauptverkehrsstrasse hin, ist aber keinesfalls tauglich für vier Spuren. Ein zweispurige Strasse, wie dies zwischen dem Anschluss Rüti-Rapperswil und Jona bereits der Fall ist und in der Initiative als zu prüfende Teillösung vorgeschlagen wird, vermag zwar kurzfristig eine Entlastung bringen. Ein späterer Ausbau wird aber bei der vorgeschlagenen Linienführung sicher nicht mehr möglich sein. Die Initiative lässt in der vorgeschlagenen Form die Vermutung aufkommen, es handle sich nicht um eine ernst zu nehmende Alternative, sondern um einen Verzögerungsakt, der einer zügigen Realisierung der Lückenschliessung der Oberlandautobahn entgegenwirkt.

Wie gesagt, die EVP-Fraktion unterstützt die Einzelinitiative 111/2001 nicht und ich empfehle Ihnen, dies auch nicht zu tun.

Hans-Heinrich Heusser (SVP, Seegräben): Die Einzelinitiative betreffend Nord-Variante der Oberlandstrasse will eine umweltscho-

nende und rasche Lückenschliessung der Strassenverbindung zwischen Uster und dem Betzholz-Kreisel in Hinwil, welche die betroffene Bevölkerung in den Dörfern und Ortschaften entlasten soll. Dieser Text und die Begründung sind in der Initiative so nachzulesen. Mit einem Brief mit Datum vom 6. April 2001, den der Initiant unter anderem auch dem Sprechenden zugestellt hat, wiederholt er zudem als oberste Begründung: «Die Einzelinitiative hat zum Zweck, dass die Lückenschliessung möglichst rasch realisiert werden kann.»

Die SVP-Fraktion teilt die hier erwähnten Ziele weit gehend. Wir freuen uns selbstverständlich auch, dass die Linken und Grünen, selbst eine Barbara Marty Kälin, diese Ziele für eine rasche Lückenschliessung offenbar nun plötzlich mit ihrer Zustimmung unterstützen. Trotzdem kann unsere Fraktion diese Einzelinitiative nicht unterstützen, da wir deren Auswirkungen für die Erreichung dieser Ziele als absolut verheerend beurteilen.

Es gilt festzuhalten, dass die heute gültige Richtplaneintragung, die so genannte Linienführung «Mitte+» durch die Planungsgruppe Zürcher Oberland in einem sehr breit abgestützten, äusserst demokratischen Verfahren, unter Mitsprache von sämtlichen interessierten Kreisen, erarbeitet wurde. Der Kantonsrat hat dann diese Linie vor noch nicht allzu langer Zeit, im Jahre 1995, im Richtplan festgelegt. Der Initiant vertritt also die Meinung, dass seine Nord-Variante den Bau der Oberlandstrasse beschleunigen könnte. Demgegenüber ist es aber ganz klar, dass eine neue Variantendiskussion die äusserst dringende Lückenschliessung erneut und zusätzlich verzögern wird. Als äusserst gefährlich ist zudem die vorgeschlagene Etappierung mit den Prioritäten Bau einer Umfahrung, beziehungsweise Untertunnelung von Unterwetzikon. Dadurch entstünden zwei Lücken in der Verbindung Uster-Hinwil.

Als Einwohner der Gemeinde Seegräben möchte ich noch festhalten, dass ich es völlig unverantwortlich fände, wenn uns durch eine solche Etappierung die Unfallstrecke durch das Aathal noch zusätzliche Jahre erhalten bliebe. Ebenso unverantwortlich wäre die zweite neue Lücke zwischen Unterwetzikon und Hinwil. Im Zürcher Oberland haben wir nicht zwei Klassen von Anwohnern, bei denen die einen vom Durchgangsverkehr entlastet werden sollen, damit die anderen um so mehr darunter zu leiden haben. Erwähnen möchte ich noch, dass die vorgeschlagene Untertunnelung von Unterwetzikon in nachweislich schlechteren Baugrund zu liegen käme als der Tunnel der heute gülti-

gen Streckenführung. Zudem würden wichtige Grundwasserströme in jenem Gebiet stark tangiert. Bedeutend ist auch, dass der in der Bevölkerung gut verankerte «Verein Zusammenschluss Oberlandautostrasse» unter anderem mit den Gemeindepräsidentenverbänden der Bezirke Hinwil, Pfäffikon und Uster, die möglichst rasche Rückenschliessung auf der heute gültigen Linienführung anstrebt. Wir nehmen zur Kenntnis, dass diejenigen, die diese Initiative unterstützen, erfreulicherweise eine möglichst rasche Lückenschliessung wollen.

Noch etwas zu den Kosten. Es wird behauptet oder angedeutet, die neue Variante könnte billiger sein. Ich möchte nur erwähnen, dass die Strecke 1,5 Kilometer länger sein wird. Im Industriegebiet Hinwil haben wir mit den Experten einen Augenschein gemacht, wie es dort etwa aussehen könnte. Es ist praktisch unvorstellbar, wie dort oben ein Anschlusswerk und eine Autobahn gebaut werden sollen. Ich kann mir auch nicht vorstellen, wie man plötzlich zu einem kürzeren Tunnel kommt – es muss ein riesiges Gebiet untertunnelt werden, unter anderem neu auch im Schutzgebiet, das jetzt auf der anderen Seite umfahren wird.

Dieser Vorstoss hat also für die Bevölkerung, wie erwähnt, schwerwiegende Nachteile. Es ist aber auch aus Gründen des Umweltschutzes und der zusätzlichen Kosten nicht unterstützungswürdig.

Hansruedi Hartmann (FDP, Gossau): Die FDP-Fraktion wird die Einzelinitiative 111/2001 nicht unterstützen. Als Mitglied des Vereins Oberlandstrasse-Zusammenschluss stehe ich nach wie vor voll zu dieser Lückenschliessung. Wenn Peter Weber erwähnt hat, dass jetzt sorgfältig geplant werden muss, ist das für mich ein kleiner Angriff auf die Damen und Herren, die das Projekt vorbereitet und es am 10. Mai 2001 durch die Baudirektorin vorgestellt haben. Man hat die Überzeugung gewonnen, dass dort sorgfältig geplant und die Situation mit einem übersichtlichen Video aufgezeigt worden ist, und dass da nicht von Unsorgfalt die Rede sein kann – das hat Peter Weber nicht gesagt.

Ich bestätige auch, was Werner Scherrer und Hans-Heinrich Heusser gesagt haben bezüglich dieser Nord-Variante. Das ist eine Ideenskizze, die bei genauer Planung Schwierigkeiten gibt. Variantenstreit, Variantendiskussion hatten wir zur Genüge. Es ist sinnvoll, bei einem so grossen Projekt den eingeleiteten Prozess jetzt durchzuziehen und

nicht zu unterbrechen. Es heisst immer wieder, es gebe keine Verzögerung. Wenn Sie dieser Initiative zustimmen, sie vorläufig unterstützen, dann haben wir bis anfangs März 2004 Gelegenheit, die Schlussabstimmung durchzuführen. Urteilen Sie selbst, ob es da Verzögerungen gibt oder nicht. Kollege Hans-Heinrich Heusser ist optimistisch und sagt den Initianten, sie seien für die Lückenschliessung. Der Verkehrsclub der Schweiz (VCS) wurde in einem Zeitungsartikel zitiert; er ist gegen diese Schliessung.

Bleiben Sie sitzen, wie unsere Fraktion! Wer heute aufsteht, wage ich zu behaupten, ist gegen die Lückenschliessung Uster–Betzholz.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative Peter Meier stimmen 49 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht. Die Initiative ist abgelehnt.

Das Geschäft ist erledigt.

9280

|

10. Änderung des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Reduzierte Debatte)

Einzelinitiative Stefan Feldmann, Uster, vom 22. März 2001

KR-Nr. 123/2001

Die Einzelinitiative hat folgenden Wortlaut:

§ 108, Abs. 8 des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahlgesetz) vom 4. September 1983 ist wie folgt zu ergänzen:

Mitglieder des Grossen Gemeinderates:	...; Mitglied von Behörden mit selbstständigen Verwaltungsbefugnissen;...
---------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------

Begründung:

Ein wichtiger Grundpfeiler der Demokratie ist die Gewaltenteilung zwischen den Behörden der drei Gewalten. Kommissionen mit selbstständigen Verwaltungsbefugnissen und insbesondere Schulpflegen und Sozialbehörden nehmen in den Gemeinden exekutive Befugnisse wahr. Doch während es Mitgliedern der Stadträte (richtigerweise) untersagt ist, ist es Mitgliedern von Kommissionen mit selbstständigen Verwaltungsbefugnissen gestattet, gleichzeitig Mitglied der kommunalen Parlamente zu sein, welche über Anträge dieser Behörden zu befinden haben.

Diese Regelung ist unter dem Gesichtspunkt der Gewaltenteilung stossend, um so mehr, als sie bei der Beratung der Geschäfte ihrer Behörden in den Parlamenten gemäss Kommentar Thalman zum Gemeindegesetz auch nicht in den Ausstand zu treten brauchen (§ 102, N6.3) und deshalb – so die Praxis in mehreren kommunalen Parlamenten – über die Anträge ihrer Behörden mitentscheiden.

Ueli Annen (SP, Illnau-Effretikon): Es ist so. Sie können in einer Gemeinde mit einem Parlament als Mitglied der Schulpflege eine Vorlage massgeblich ausarbeiten und dann gleichzeitig als Mitglied des Parlamentes massgeblich dafür sorgen, dass sie auch durchkommt. Für den grundsätzlich denkenden, politisch geschulten Betrachter stimmt da etwas nicht. Schliesslich reden wir seit Jahr und Tag der

Gewaltentrennung das Wort. Hier wird sie offensichtlich missachtet. Nun ist freilich auch zuzugeben, dass die Prinzipien der Gewaltentrennung selten rein verwirklicht werden und letzte Konsequenz führt nicht nur im Privaten sondern auch im Politischen manchmal in die Katastrophe. Es wäre also zu fragen, ob der Gesetzgeber sich vielleicht bewusst darüber ausgeschwiegen hat, um eben hier ein Türchen offen zu lassen für eine gewiss nicht schwer wiegende Überschneidung von legislativen und exekutiven Kompetenzen, die manchmal in einer kleinen Stadtgemeinde den Betrieb auch etwas erleichtern können. Von aussen gesehen, ist das schwierig zu sagen.

Die Tatsache, dass im Gemeindegesetz, Paragraf 104, der Schulpflege ausdrücklich das Recht zugestanden wird, im Bereich des Schulwesens an den Beratungen des Grossen Gemeinderates teilzunehmen, scheint doch darauf hinzuweisen, dass es eigentlich die Absicht des Gesetzgebers war, dass Schulpfleger dem Grossen Gemeinderat nicht angehören dürfen. Es handelt sich wahrscheinlich doch eher um eine ungewollte Lücke.

Fazit: Für eine vorläufige Unterstützung dieser Einzelinitiative genügt die Tatsache, dass in diesem Bereich Grundsätzliches unklar geregelt ist. Wir sind der Meinung, dass hier Handlungsbedarf besteht, dass im Zusammenhang mit dem heiklen Zustand unseres Milizsystems die Prüfung dieses Problems sorgfältig erfolgen muss. Allenfalls könnte es ja auch mit einer strafferen Fassung der Ausstandspflicht geregelt werden. Wir sind für Überweisung.

Ernst Brunner (SVP, Illnau-Effretikon): Im Gegensatz zu Ueli Annen sind wir von der SVP der Meinung, diese Einzelinitiative verdiene die Unterstützung nicht. Wir sind der Ansicht, es sei zu regeln, was wirklich geregelt werden muss. Aber hier sehen wir, dass es sich um die Regelung eines Problems handelt, welches praktisch gar nicht, und wenn schon nur theoretisch vorhanden ist. Wenn es zwei oder drei Stimmberechtigte in unserem Kanton allenfalls betreffen könnte, so ist es mit einem zu grossen Hammer dreingeschlagen, wenn wir glauben, für zwei oder drei stimmberechtigte Schulpfleger ein neues Gesetz einführen zu müssen, oder im Wahlgesetz, das jetzt ja in der Vernehmlassung ist, schon wieder einen Passus zu ändern. Wir sind der Meinung, in diesem Fall könne überhaupt nichts passieren, wenn wir nicht regeln; die Chance, dass ein Unglück passiert, ist unserer Ansicht nach Null. Also, wo es nichts zu regeln gibt, wollen wir auch

nichts regeln und empfehlen Ihnen diese Initiative nicht zu unterstützen.

Lucius Dürri (CVP, Zürich): Ich glaube, die heutige Diskussion würde man besser an der Universität führen, dann, wenn es um die reine Lehre der Gewaltenteilung geht. Aber hier sind primär die Pragmatiker am Werk und ich denke, eine solche Regelung braucht es wirklich nicht. Uns sind keine gravierenden Fälle bekannt, bei denen die Gewaltentrennung aufs Größte missachtet wurde. Das sind – wenn überhaupt – Einzelfälle in geringfügigen Angelegenheiten.

Viel schlimmer wäre es, auf diese Weise das Milizsystem noch einmal einzuschränken. Wir haben ja heute schon Mühe, Milizen zu finden. Und gerade ein solches Vorgehen würde dazu führen, dass es noch weniger Leute gäbe, die in Frage kommen, für eine Behörde gewählt zu werden. Ich denke, wenn es ein Problem sein könnte, kann man das auf Grund der Ausstandspflicht regeln. Ich weiss, dass es bereits heute so ist, dass Leute, welche in zwei Gremien sind, sich vornehmlich zurückhalten, wenn es um eigene Interessen geht. Also noch einmal, eine Unterstützung ist absolut nicht notwendig, es ist kein Notstand da, aber es würde alles komplizierter machen.

Wir bitten Sie, diese Einzelinitiative nicht zu unterstützen.

Rita Bernoulli (FDP, Dübendorf): Ich bitte Sie im Namen der FDP-Fraktion die Initiative vorläufig zu unterstützen. Der Initiant sagt mit Recht, dass ein wichtiger Grundpfeiler der Demokratie die Gewaltenteilung zwischen den Behörden ist, schreibt doch die Bundesverfassung den Kantonen vor, sich eine demokratische Verfassung zu geben. Obwohl die Zürcher Kantonsverfassung das Prinzip der Gewaltenteilung nicht ausdrücklich statuiert, richtet sich die zürcherische Behördenorganisation weit gehend nach der grundsätzlichen und personellen Gewaltentrennung. Rechtsetzung, Rechtsanwendung und Rechtsprechung sind grundsätzlich auf verschiedene Staatsorgane verteilt und es bestehen Unvereinbarkeiten zwischen den Mitgliedschaften im Parlament, Regierung, Verwaltung und Justiz. Die unvereinbaren Gemeindeämter und die mit bestimmten Funktionen in einer Gemeinde nicht zu vereinbarenden anderen Ämtern sind in Paragraph 108, Wahlgesetz, aufgezählt. Mit dieser Bestimmung soll verhindert werden, dass ein Amtsträger in anderer Funktion – und das ist sehr

wichtig – seine eigene Amtstätigkeit beaufsichtigen und kontrollieren soll. Damit ist auch klar gesagt, dass der Vorstoss nur für Gemeinden mit einem Parlament relevant sein kann. In allen anderen Gemeinden sind die Exekutivmitglieder an der Arbeit der Behörden beteiligt und vertreten diese Entscheide auch im Gemeinderat. Dies ist eine Doppelfunktion als Exekutivmitglieder und nach Wahlgesetz, wie oben dargelegt, möglich.

Konkret zum Vorstoss: Unvereinbar mit der Mitgliedschaft im Grossen Gemeinderat sind nach Paragraph 108, Absatz 1, Ziffer 8, die von den Kommissionen mit selbstständigen Verwaltungsbefugnissen bestellten Angestellten, nicht aber die Behördenmitglieder. Das bedeutet, dass Mitglieder der Schulpflege und der Fürsorgekommissionen dem Grossen Gemeinderat angehören dürfen. Kommissionen mit selbstständigen Verwaltungsbefugnissen sind zwar in einem Verwaltungsbereich tätig, es gibt aber durchaus Vorlagen in grossen Gemeinden des Kantons wie in Uster, wo der Initiant herkommt, oder in Dübendorf, wo ich selber herkomme, wo die Fürsorgebehörde zum Beispiel grosse Projekte in Angriff nimmt, für die ein Kredit im Grossen Gemeinderat gesprochen werden muss. Ein Mitglied des Gemeinderates, das gleichzeitig auch der Fürsorgebehörde angehört, stimmt demzufolge über eine Vorlage ab, die es selber beantragt. Dies ist zwar möglich nach geltendem Recht, aber unschön, weil damit die Gewaltenteilung zwischen den Behörden nicht eingehalten wird. Und das soll neu überdacht werden.

Die Regelung des Wahlgesetzes ist abschliessend, die Gemeinden somit nicht befugt, Unvereinbarkeiten selber zu statuieren. Es bleibt deshalb nur die Möglichkeit, diese unschöne Situation mit einer Änderung des Wahlgesetzes zu ändern und ich bitte Sie noch einmal, im Namen der FDP-Fraktion, deswegen diese Einzelinitiative zu unterstützen.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative Stefan Feldmann stimmen 70 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

Ratspräsident Martin Bornhauser: Ich beantrage Ihnen, die Einzelinitiative an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag zu überweisen. Sie sind damit einverstanden.

Das Geschäft ist erledigt.

Verschiedenes

Rücktritt von Werner Hürlimann aus der Kommission für Planung und Bau

Ratssekretär Hans Peter Frei: Rücktritt aus der Kommission Planung und Bau von Werner Hürlimann, Uster: «Da ich in die Kommission für Bildung und Kultur wechseln möchte, gebe ich den Rücktritt aus der Kommission Planung und Bau. Ich danke den Mitgliedern der KPB für die gute Zusammenarbeit bei der bisherigen Arbeit.»

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Neu-Organisation des zürcherischen Regierungsrates**
Motion *Oskar Bachmann (SVP, Stäfa)* und *Mitunterzeichnende*
- **Härtere Massnahmen im Kampf gegen Drogendealer in unseren Städten**
Postulat *Rolf Boder (SD, Winterthur)* und *Hans Jörg Fischer (SD, Egg)*
- **Gesundheit in kantonalen Institutionen und Ämtern**
Postulat *Erika Ziltener (SP, Zürich)* und *Peter Vonlanthen (SP, Zürich)*
- **Drogenumschlagplatz in der Stadt Zürich**
Anfrage *Rolf Boder (SD, Winterthur)*
- **Einführung einer Erwerbsersatz-Ordnung für Miliz-Behördentätigkeiten auf Kantons-, Bezirks- und Gemeindeebene**
Anfrage *Beat Walti (FDP, Erlenbach)* und *Jörg Kündig (FDP, Gossau)*

9286

Schluss der Sitzung: 11.55 Uhr

Zürich, den 27. August 2001

Die Protokollführerin:
Heidi Khereddine-Baumann

Vom Ausschuss Ratsprotokolle der Geschäftsleitung genehmigt am 29. Oktober 2001.